

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorstellungen ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bismarckstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: „Hilfsverband Bochum.“

Lohnpolitik oder Steuerpolitik?

„Arbeitsnot und hohe Löhne“ überschrieb der englische Nationalökonom J. M. Keynes eine Abhandlung über Lohnpolitik im Kapitalismus, die in deutscher Uebersetzung auch in Nr. 63 und 64 der „Industrie- und Handelszeitung“ erschienen ist. Der Abhandlung lag die Frage zugrunde, inwieweit Lohnerhöhungen, die dem Unternehmer aufgezwungen werden, den Wirtschaftsmechanismus beeinflussen können, und ob zwischen solchermaßen zustande gekommener Lohnerhöhung und der beobachtbaren Arbeitsnot (vorwiegend also Arbeitslosigkeit) ein direkter Zusammenhang besteht. Keynes geht aus von der Lohntheorie der alten Generation, wonach der Arbeiterlohn nicht willkürlich in erheblichem Maße erhöht werden könne, da die Lohnentwicklung sogenannten Wirtschaftsgesetzen unterworfen sei. Insbesondere glaubte man, daß es einen sogenannten Lohnfonds gäbe und daß sich der Lohn des einzelnen bestimme durch Aufteilung dieses Lohnfonds auf die Anzahl der beschäftigten Arbeiter.

Der Wirtschaftsforschritt, das heißt das Wachstum der Prosperität, brachte aber dann ebenfalls eine rasche Steigerung der Arbeiterlöhne, wodurch die Lehre vom Lohnfonds fallen gelassen wurde. Gar bald siegte die Auffassung, daß der Arbeiterlohn nichts anderes sei, als der Anteil des Arbeiters am Wirtschaftsertrage. Dieser Anteil aber ist beweglich. Er kann fallen zugunsten der übrigen Wirtschaftstätigen, der Angestellten, Beamten und besonders der Unternehmer, er kann aber auch steigen auf Kosten der genannten Gruppen. Das heißt in der letzten Möglichkeit, daß der Arbeitslohn gesteigert werden kann um einen Betrag, um den die sogenannten hohen Einkommen und der Unternehmervorgewinn geschmälert würden. Der Unterschied des Einkommens, das heißt die unterschiedliche Höhe von Arbeitslohn, Gehalt und Dividende, ist nach dieser Anschauung nicht bestimmt durch genaue Verdienstgrundlagen, sondern durch geschichtliche Entwicklung, die sich unter ganz bestimmten sozialen und politischen Einflüssen vollzieht.

„Gesetzt beispielsweise“, so schreibt Keynes in Erläuterung dieser Auffassung, zu der er selbst sich nur bedingt bekennt, „daß die menschliche Natur und die zur Verfügung stehenden technischen Hilfsmittel gänzlich unverändert blieben, andererseits die bisher angewandte übliche Entlohnungshöhe für Geschäftsteute, Arbeiter, Kontoristen und andere mehr plötzlich in Vergessenheit geraten würde und neu auszusuarbeiten wäre, so ist nicht mit dem gleichen Ergebnis zu rechnen. Die Dividenden für die Aktionäre, die Gehälter der Leitungsbeamten und der Lohn des jüngsten Kaufburschen würden sich kaum wieder im bisher angewandten Verhältnis er rechnen. Nach Ansicht dieser Schule ergibt sich das gegenseitige Verhältnis der Entlohnung aus historischen und sozialen Strömungen. Zwangsweise physische oder psychologische Gesetze, die etwa ihre gegenwärtige Höhe bestimmen, liegen nicht vor, weshalb sich bei Neuerrrechnung unter neu aufgestellten Verhältnissen eine von Grund auf verschiedene Antwort ergeben muß. Das Gegenseitigkeitsverhältnis der Entlohnungslage ist daher erheblicher Willkür ausgesetzt und die Produktionsfaktoren entwickeln sich nicht nach genauen Verdienstgrundlagen, sondern weil frühere Vorgänge die tatsächlichen Lohnsätze üblich und allgemein gemacht haben. Aus diesem Grunde sind sie auch nicht als unantastbar anzusprechen. Sollten gerade die Arbeiterklassen den politischen Nachdruck und die Feilschkraft besitzen, um sich einen größeren Anteil am Industrienergebnis als früher zu erkämpfen, so ist dies eben eine geschichtliche Tatsache: der geschichtliche Werdegang wirkt sich eben dieses Mal zugunsten des Arbeiters aus. Der Unternehmer muß sich eben mit einem geringeren Anteil zufrieden geben.“

Keynes berührt auch noch eine dritte Lohntheorie, die auf der Auffassung fußt, daß die durch Machtwirkung der Arbeiterschaft erzielten Lohnerhöhungen den Unternehmer zwingen, mit veralteten Methoden und Maschinen aufzuräumen, um den Produktionsapparat ergiebiger zu gestalten, was eine Hebung des Allgemeinwohlstandes nach sich ziehen müßte, woraus die Löhne erneut profitieren könnten. Diese Theorie, die bekanntlich in der lohnpolitischen Diskussion keine geringe Rolle spielt und sehr eng verwandt ist mit der sogenannten spekulativen Lohntheorie (auch Kaufkrafttheorie genannt — siehe amerikanische Lohntheorie), wird von Keynes, der sonderbarerweise die spekulative Lohntheorie überhaupt nicht berührt, etwas abfällig beurteilt, aber sehr mit Unrecht. Keynes glaubt, daß diese Theorie erstanden ist aus der Bewertung des einzelnen, wirtschaftlich und persönlich freien Unternehmers. Er schreibt nämlich:

„... Der durchschnittliche Geschäftsmann wird nicht mehr (nach der genannten Theorie), wie von den klassischen Wirtschaftlern, als die fieberhaft tätige und rührige Persönlichkeit angesehen, die sich keine Gelegenheit, den geringsten Gewinn mitzunehmen, entgehen ließ und ständig in einer Verfassung äußerster Arbeitsanspannung lebte. Die neue Anschauung scheint vielmehr im Arbeitgeber einen unbefragt dahinlebenden, mit einem umschriebenen Einkommen zufriedenen Menschen zu erblicken, der sich nicht übermäßig aufreißt, um das Höchstmaß an materiellem Erfolg zu erzielen. Durch Hinaufhebung der Löhne werden daher beim Unternehmen ruhende Energiequellen ausgelöst, aus denen die zusätzliche Entschädigung des Arbeiters bezahlt werden kann.“

Rein, so ist es nicht! Die Theorie sieht nicht diesen fieberhaft tätigen freien Einzelunternehmer, sondern den monopolgeschützten Unternehmer und Wirtschaftsverband. Die modernen

Riesenmonopole mit ihren Riesenkapitalien können tatsächlich auch ein nach größtem Erfolg geilendes Gewinnstreben befriedigen, ohne zu „äußerster“ Arbeitsanspannung zu zwingen, da dieser Zwang ja nicht aus der rein menschlichen Konstitution des Unternehmers entspringt, sondern erst aus seiner wirtschaftlichen Position unter dem Druck der Konkurrenz. Und wenn im Monopol dieser Konkurrenzdruck fehlt, dann ist tatsächlich der Lohndruck ein sehr wirksamer Ersatz, und gleichfalls ein begründeter, weil die kontinuierliche ununterbrochene Weiter- und Höherentwicklung der wirtschaftlichen Prosperität eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist. Die Gesellschaft interessiert eben nicht nur die Rentabilität des Unternehmens, sondern erst die darauf basierende volkswirtschaftliche Leistungsmöglichkeit. Rentabilität und höchste volkswirtschaftliche Leistungsmöglichkeit müssen eben nicht unter allen Umständen zusammenfallen.

Keynes stellt nun der in den erwähnten Lohntheorien versteckten Absicht, die Löhne der Arbeiter erhöhen zu können, die Frage gegenüber, ob diese Art der Lohnpolitik wirklich die beste und vorteilhafteste für den Arbeiter sei. Er verneint die Frage und schreibt:

„Gesetzt, es gibt zwei Länder, beispielsweise Deutschland und England, in welchen die Rationalität der Produktions-

Hinan zum Ziel!

Victor Kalinowski

Steil ragt die Alp ins Wolkenmeer,
Schroff stürzt die Wucht der Felsenwände,
Ein Abgrund gähnt von unten her
Wie Schreck und Grauen ohne Ende.

Zu lichtigem Gipfel lockt das Ziel,
Hoch droben, wo die Adler nisten.
Dem Grauen Trotz! Gefahr ist Spiel!
Kühn klimmt der Trupp der Hochtouristen.

Sie seilen sich einander an,
Sind miteinander fest verbunden.
Vereint, gemeinsam werden dann
Die Hindernisse überwunden.

Verliert ein Kraxler Halt und Kraft,
Zuckt jach ein Ruck von allen Achseln,
Das Seil spannt stählern sich und strafft:
Der Mann faßt Grund, kann weiter kraxeln.

So ist auch der Verband ein Seil,
Das uns zu Halt und Kraft umwindet.
Hinan! Kein Berg ist uns zu steil,
Wenn uns die Einigkeit verbindet!

faktoren genau dieselbe ist, während die Handels- und Kreditbeziehungen untereinander etwa den heute obwaltenden entsprechen, und die Schule der hohen Löhne dringt mit ihren Wünschen in dem einen Lande, England, aber nicht im anderen, Deutschland, durch, so muß sich notwendigerweise ergeben, daß der Kapitalist hier am Produktionsergebnis einen kleineren Anteil hat als im Auslande. Seine Entschädigung für einen bestimmten Energieaufwand und ein bestimmtes Wagnis muß sich verringern, so daß er es vorziehen wird, sein Geld im Auslande anzulegen, weil unter der Vorbedingung äußerster Beweglichkeit im internationalen Kreditverkehr das Kapital in diejenigen Länder abfließt, die ihm eine verhältnismäßig hohe Entschädigung bieten. Falls unser Währungsmassstab kein internationaler ist, muß das Bestreben, dem Auslande mehr Kapital zu leihen, die Wechselkurse zu unseren Ungunsten bewegen und durch die entsprechende Erhöhung des englischen Preisniveaus die Reallohne in England auf den früher eingenommenen niedrigeren Stand zurückdrängen.“

Auf deutsche Verhältnisse angewandt heißt das, daß, wenn es der deutschen Arbeiterschaft durch ihre organisatorische Macht möglich ist, die deutschen Unternehmer zu zwingen, Lohnerhöhungen zu bewilligen, das nur dann ein Vorteil (für die Arbeiter) sein kann, wenn der Unternehmer trotz der Lohnerhöhung noch so hohe Gewinne zu erzielen vermag, wie sein Kollege im Auslande mit gleicher Kapitalsumme. Wo nicht, dann setzt Kapitalflucht ins Ausland ein, es entsteht Kapitalmangel, damit vermindert sich die Arbeitsmöglichkeit, woraus die Arbeitslosigkeit resultiert mit all ihren heute jedem Deutschen bekannten Auswirkungen, woraus wieder eine natürliche Angleichung an das niedrigere Lohnniveau des Auslandes erzwingen würde. Hier möchten wir noch einschalten, daß der Zwang zur Abwanderung des Kapitals kompensiert werden kann durch eine sozialpolitisch gestützte Preispolitik, was aber

schließlich ebenfalls geeignet ist, den lohnpolitischen Vorteil für die Arbeiter wieder aufzuheben.

Doch gibt auch Keynes zu, daß selbst im Rahmen dieser Wandermöglichkeit des Kapitals (die Möglichkeit, dem Lohndruck auszuweichen durch Kapitalflucht ins Ausland) positive Erfolge für die Arbeiter erzielt werden können. Das ist gegeben durch die weiter oben genannten Möglichkeiten einer ergiebigeren Gestaltung des Produktionsapparates durch die Unternehmer oder aber durch Verzicht des Unternehmers auf einen Teil seines früheren Einkommens zugunsten der Arbeiter, da ja der Unternehmer nicht schon wegen des geringen Lohnes ins Ausland wandern kann. Nur sieht Keynes den Rahmen sehr eng gespannt, innerhalb dessen es dem Kapitalisten möglich ist, durch Rationalisierung und Verzicht auf einen Teil seines Einkommens die Reallohne zu erhöhen. Ebenso eng gezogen sieht Keynes den Rahmen, innerhalb dessen es möglich wäre, einen Ausgleich zwischen „höheren“ Einkommen und Arbeiterlöhnen zugunsten der letzteren zu schaffen.

Das alles aber sind nun für den objektiven Beobachter sehr betrübliche Tatsachen, da einmal die Arbeiterschaft immer nachdrücklicher einen größeren Anteil am Wirtschaftsertrage fordert, und zum andern der wirtschaftliche Fortschritt und die beobachtbare Produktivität auch diese Forderung gerechtfertigt erscheinen lassen. Es ist lediglich das Prinzip der besten Kapitalverwertung, das heißt der Angleichung an die vorteilhaftesten Gewinnmöglichkeiten (im Maßstab der Weltwirtschaft gesehen), was den Kapitalisten sich immer wieder der Forderung der Arbeiterschaft entgegen stellt, wodurch aber immer größere Gefahren für den geordneten Weiterbestand der ganzen Gesellschaft erwachsen („geordneter“ in diesem Falle gesehen als ungefährte und normale Entwicklung).

Und deshalb wirft Keynes die Frage auf, ob es nicht vielleicht eine Möglichkeit gäbe, die eine größere Anteilnahme des Arbeiters am Ertrage der Weltwirtschaft gewährleistet, ohne das Prinzip der besten Kapitalverwertung zu verletzen. Doch, jagt er, diese Möglichkeit gibt es. Und zwar wäre das Ziel zu erreichen über den

Weg der Besteuerung.

Er schreibt:

„Wie wirkt sich hohe Besteuerung im Gegensatz zu hohen Löhnen auf den Drang des Unternehmens, seine Ausbeute zu erhöhen, aus? Steuern fallen nur auf bereits verdiente Gewinne und entziehen nur einen Teil hiervon. In großen Zügen ist die Verlockung zur Gewinnbildung und zur Erhöhung der Ausbeute auf das sozial zu erstrebende Höchstmaß genau so groß, als ob keine Steuer bestünde. Wird der Unternehmer aber gezwungen, höhere Löhne zu bewilligen, dann wird sein geringen Gewinn abwerfendes Geschäft endgültig unrentabel, was ihn wiederum zwingt, es gänzlich oder teilweise aufzugeben und die Erzeugung einzuschränken.“

Es bleibt noch ein zweiter und vielleicht wichtigerer Punkt zu besprechen. Künstlich hinaufgeschraubte Löhne belasten die Industrie im genauen Verhältnis zur beschäftigten Arbeitsmenge. Unternehmen, die hohe Gewinne abwerfen, aber verhältnismäßig wenig Arbeitskräfte beschäftigen, werden entsprechend geringfügig belastet. Vorzüglich Finanz- und ähnliche Unternehmen entgehen der Mehrbelastung fast reiflos. Steuern verteilen daher die Aufkosten einer höheren Lebenshaltung der arbeitenden Klassen über ein weit ausgedehnteres Gebiet.“

Diese Gedanken sind äußerst interessant bei einem Manne wie Keynes, weil sie einen starken sozialistischen Einschlag besitzen. Sie besagen nicht mehr und nicht weniger, als daß über den Weg der Besteuerung zugunsten der Arbeiterschaft ein gewisser Ausgleich geschaffen werden soll in der Anteilnahme an dem für die persönliche Bedarfsbefriedigung zur Verfügung gestellten Sozialprodukt innerhalb der Volkswirtschaft in Gestalt von vorliegenden, also tatsächlich erzielten Gewinnen, Gehältern der Höherentlohnerten usw. Hier ist tatsächlich die Idee des Notopfers zu einem sozialen Ordnungssystem erhoben. Wie denkt sich Keynes die Durchführung seiner Theorie? Hören wir:

„Wird man sich darüber einig, daß es im Interesse von Gerechtigkeit und Wohltätigkeit erforderlich ist, das Einkommen der Arbeiterklasse höher anzusetzen, als dies die Wirtschaftsstruktur abwirft, dann muß man sozusagen zu diesem Zweck besteuern. Die Besteuerung ist eine Art Zwangsbeitrag, dessen Vereinnahmung auf das ganze Volkswesen zu verteilen ist. Fällt der Beitrag jedoch ausschließlich auf einen gewissen Unternehmerkreis, so darf es uns nicht wundern, wenn dadurch Beschäftigungsgrad und Ausbeute geschmälert werden.“

Ist eine Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterklassen erwünscht, so läßt sich dies auf einer ganzen Reihe verschiedener Wege erfüllen, darunter zahlreiche Wege, ihnen einen höheren Anteil am Volkseinkommen, als sie ihn bisher erhalten haben, zuzuwenden, ohne die Löhne hinaufzusetzen.

Boran steht natürlich die Sozialversicherung. Es steht dem Staate frei, seinen bisherigen Beitrag erheblich zu vergrößern und möglicherweise die ganzen Versicherungskosten gegen Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit auf sich zu nehmen. Die Gewerkschaften würden besser daran tun, auf die Bestreitung der Sozialversicherung aus Steuern hinzuwirken, anstatt auf Löhne zu drängen, die höher liegen, als sie die Arbeitgeber eigentlich bestreiten können.

Dazu kommen Pensionen. Es wäre möglich, die Pensionen wesentlich zu erhöhen, bevor ein Stand erreicht wäre, der sie außer angemessenes Verhältnis zu den Einkommen überhaupt brähe.

Drittens ist Platz für eine erhebliche Steigerung der staatlichen Ausgaben auf Gesundheitsmaßnahmen, Erholung, Erziehung und Reiseerleichterungen.

Viertens ist noch lange nicht die Grenze der Ausgaben erreicht worden, die im Interesse des Gemeinwefens auf bessere

Behauptung der Arbeiterklassen bewilligt werden sollten, vorzugsweise durch die Bereitstellung von Arbeiterhäusern unter einer wirtschaftlichen Miete. Es ist vorzuziehen, Häuser aus Steuern zu Mieten unter der Wirtschaftsgrenze bereitzustellen, anstatt dem Unternehmer unwirtschaftlich hohe Löhne zuzumuten.

Schlieflich besteht auch noch die Möglichkeit von Kindergeld- und Familienzuschüssen. In dieser Beziehung verhalten sich meines Wissens die Gewerkschaften offen antagonistisch, mit der positiven Begründung, daß solche Zuschüsse gerade das, was ich anstrebe, nämlich einen Ersatz für höhere Löhne, bedeuten würden. Es wäre vorzuziehen, daß ein Mann mit schweren Familienverpflichtungen aus Steuern Unterstützung erhält, da diese Gewinne generell belasten, anstatt daß versucht wird, die von seinem Arbeitgeber gezahlten Löhne übermäßig zu erhöhen.

Man steht, in ihren Ansätzen ist diese Theorie bei uns in Deutschland schon praktisch wirksam. Und, allgemein gewertet, ist man geneigt, die Sache abzutun mit dem Bemerkten, daß das weiter nichts sei als eine ins Extreme getriebene Sozialpolitik aus Steuermitteln. In Wirklichkeit aber bedeutet es mehr für die lohnpolitische Diskussion. Heute sind diese Fragen — Lohnpolitik, Sozialpolitik — Fragen, die ganz auf dem Kampfsplatz der Wirtschaftspolitik ausgetragen werden, das heißt den Wirtschaftsertrag direkt mitbestimmen, ohne hier zu untersuchen, ob positiv oder negativ. Sie sind — um es anders auszudrücken — Fragen der Produktion. In der Idee von Keynes aber werden sie zu Fragen der Konsumtion, das heißt sie werden entschieden auf dem Kampfsplatz um den bereits erzielten Wirtschaftsertrag oder um das bereits erzielte Einkommen innerhalb der Volkswirtschaft.

Diese ganze Idee stellt natürlich keine Lösung der sozialen Frage dar, selbst wenn heute schon die Möglichkeit gegeben wäre, sie praktisch wirksam werden zu lassen. Diese Möglichkeit aber besteht ja auch heute gar nicht und auch so lange nicht, als die Arbeiterklasse nicht die politische Macht besitzt. Aber gerade für eine Arbeiterregierung, die die Stimmenmehrheit der Parlamentswähler hinter sich hat oder einmal hinter sich bekommen wird, dürfte die Idee von Keynes sehr bedeutsam werden, sofern es ihr nicht gelingt, mit der Machtübernahme gleichzeitig den Privatkapitalismus aufzuheben. Doch sind auch hier dann Grenzen gezogen. Für eine gewisse Uebergangszeit aber ließe sich zur Befriedigung der Arbeitermassen, die von ihrer Arbeiterregierung nun Toten sehen möchten, über den genannten Weg viel erreichen.

Man denke nur daran, daß beispielsweise bei uns im Bergbau die Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Anteil des Unternehmers über 30 Prozent des Lohnes betragen. Bei Uebernahme dieser Beiträge durch den Staat, der dieselben auf dem Umlagewege über die Einkommenbesteuerung auf-

brächte, wäre dann die Möglichkeit einer 30prozentigen Lohn-erhöhung gegeben, ohne die Wirtschaftlichkeit des Bergbaues an sich auch nur im geringsten zu gefährden. Ein praktisches Beispiel gaben uns ja die letzten Lohnbewegungen im Bergbau, bei denen eine Lohnerhöhung mittels Senkung der Knappschaffsbeiträge erfolgte, durch Stilllegung der Knappschaffskasse aus Steuermitteln. Wir sehen also hier schon die Idee von Keynes in voller Wirksamkeit, nur mit dem Unterschiede, daß es sich hier nicht um ein neues System handelt, sondern um eine aus der Not geborene Tatsache. Solche ersten Ansätze zum System zu erheben, ist, wie schon gesagt, heute eben nicht möglich, wofür ja gerade der jetzt tobende Streit um die Sanierung der Staatsfinanzen das beste Zeugnis gibt.

Inwieweit bestünde nun die Möglichkeit für eine auf der Volksmehrheit beruhende Arbeiterregierung, über den von Keynes bezeichneten Weg der Arbeiterklasse zu helfen? Nun, der Aufwand der gesamten Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosen beträgt rund 5 Milliarden Mark jährlich. Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß diese Summe in einem sozialistisch regierten deutschen Staat durch entsprechende Einkommenbesteuerung der sogenannten gehobenen Schichten und Unternehmer zu einem großen Teile, wenn nicht ganz, aufgebracht werden könnte, wodurch der Arbeiterlohn sich bedeutend steigern müßte, ohne daß die Wirtschaftlichkeit an sich gefährdet würde. Aber, wie gesagt, so weit sind wir ja noch nicht.

Vorerst bleibt uns als Gewerkschaften nur noch allein der bisherige Weg zu Lohnerhöhungen, der über den Kampf mit dem Unternehmertum um freiwillige oder ihm aufgezwungene Zugeständnisse führt. Von diesem Wege abzukommen, wird eben, solange der Privatkapitalismus besteht und wir nicht als Arbeiterklasse die politische Macht haben, nicht möglich sein. Und vorerst wird die Sozialpolitik immer nur eine Ergänzung unserer Lohnpolitik sein können. Immerhin aber dürften die Gedankengänge von Keynes besonders jene Leute zum Nachdenken bringen können, die heute schon die Sozialversicherung überhaupt für schädlich halten und ihre Umwandlung in ein privates Sparsystem verlangen. Vielleicht dämmert es hier den Leuten, wie dem „Philosophen“ Horneffer, daß zur Bewertung dieses ganzen Fragentropfes — Lohn, Sozialversicherung, Wirtschaftlichkeit, Verteilung des Sozialproduktes — doch etwas mehr gehört als kathederhafte Gelehrtenphrasen, und daß die Lösung etwas tiefer liegt, als das in einer von lebens- und wirklichkeitsfremden Bananen geschriebenen Broschüre dargestellt wird, deren auffälligstes Merkmal nur die von kapitalistischen und selbstsüchtig interessierten Gönnern geförderte Massenaufgabe ist.

diese Rechnungen über den Haufen werfen. Wirkliche Hilfe kann nur

Umstellung in der Landwirtschaft

bringen.

Anbauflächen, Ernterträge und Verbrauch haben heute nicht mehr das Verhältnis zueinander wie vor dem Kriege. Es betrug (in Hektar) die

Table with 3 columns: Crop type (Roggenanbaufläche, Weizenanbaufläche), Year (1913, 1927, 1928), and Region (Reich, Preußen). It shows a significant decrease in wheat cultivation and an increase in rye cultivation over time.

Der Ernteertrag

ist sehr verschieden. Für Deutschland und Preußen ergeben sich folgende Zahlen (in Tonnen):

Table with 3 columns: Crop type (Roggenenernte, Weizenernte), Year (1913, 1927, 1928), and Region (Reich, Preußen). It shows a decline in wheat harvest and a slight increase in rye harvest.

Der Verbrauch

zeigt eine wesentliche Veränderung. Für menschliche und tierische Ernährung und für gewerblichen Verbrauch standen an deutschem Getreide zur Verfügung pro Kopf der Bevölkerung (in Kilogramm):

Table with 5 columns: Year (1913-14, 1927-28), Crop (Roggen, Weizen), and Product (zus., Fleisch). It shows a decrease in grain availability and an increase in meat consumption.

Der Mehlerverbrauch illustriert die Veränderung deutlicher, da bei ihm gewerbliche Verwendung, wie z. B. Brennerei, wegfällt. Hier sehen die Zahlen folgendermaßen aus. Verbrauch je Kopf (in Kg.):

Table with 4 columns: Year (1912-13, 1927-28), Crop (Roggenmehl, Weizenmehl), and Total (zusammen). It shows a decrease in flour consumption per capita.

In dem Verbrauch zeigt sich eine Verminderung des Mehl- und damit des Brotverbrauchs überhaupt und eine größere Abnahme beim Roggen- als beim Weizenverbrauch. Das hat seine ganz natürlichen Gründe. Es ist übertrieben, wie das Professor Kettner im „Kassenarzt“ vom 15. März d. J. sagt, daß heute „nur noch wenige Menschen Schwerarbeiter sind“ und daß deshalb die Umstellung von großen Mengen groben Brots auf weniger Brot, mehr Fleisch, Eier, Gemüse, Obst usw. erforderlich sei. Trotz der technischen Fortschritte sind noch viele Hunderttausende, ja Millionen Arbeiter schwerer Arbeiter im eigentlichen Sinne des Wortes. Auf den Bergbau trifft das trotz steigender Maschinenverwendung sicherlich zu, ebenso auf große Teile der Eisenindustrie usw. Aber bedingt richtig ist die Kettner'sche Auffassung, nämlich so, daß die Arbeit des Handarbeiters sich zunehmend auch in Bestandesarbeit umgeformt hat, daß weniger einfache Muskelkraft und mehr Ueberlegung und Aufmerksamkeit von weiten Kreisen der Arbeiterschaft infolge der technischen Entwicklung gefordert wird. Das ist ein Grund für die Ernährungsumstellung. Hinzu kommt der Wandel in der Ernährungswissenschaft und -praxis überhaupt, die von der früheren Eiweißüberfütterung mehr und mehr abgekommen ist und zu abwechslungsreicherer Kost, zu Bevorzugung von Obst, Gemüse, Milch, Eiern usw. greift.

Diese Entwicklung kann auch keine gesetzgeberische Maßnahme aufhalten, sie erfordert aber in erster Linie eine Umstellung unserer Landwirtschaft vom Körnerbau zur Produktion von Gemüse, Obst und Veredelungsprodukten: Fleisch, Milch, Eier usw. Aber hier ist

die deutsche Landwirtschaft ungeheuer rückständig.

Nach Angaben amtlicher Stellen sind rund 25 Prozent der Anbauflächen, die heute mit Roggen bebaut werden, weizenreif. In noch viel größerem Maße könnte sich die Landwirtschaft auf Edelproduktion umstellen, wenn sie dazu die ihr reichlich gewährte Reichs- und Staatshilfe benutzt hätte.

Durch das landwirtschaftliche Notprogramm der letzten Jahre, den Zusammenschluß der ländlichen Genossenschaften, Förderung der Gemüse-, Obst- und Geflügelzucht, der Umschichtung, ist sehr viel geschehen. In bezug auf die Betriebsweise, die Produktion, ist aber die deutsche Landwirtschaft ungeheuer rückständig.

Seit langem ist Deutschlands Roggenproduktion um 1 Million Tonnen jährlich größer als der Bedarf, bei guten Ernten ist der Ueberfluß noch viel höher. Einen Weltmarkt für Roggen gibt es nicht, Abnehmer sind nur die kleinen nordischen und baltischen Staaten, in denen noch Polen, Rußland und neuerdings Argentinien Konkurrenz machen. Dieser Konkurrenz begünstigt Deutschland dadurch, daß es für die Tonne auszuführen Roggen 60 M. Prämie zahlt, ihn so billig dem dänischen Viehzüchter liefert, so daß dieser billige Vieh züchten und der deutschen Vieh- und Milchproduktion böse Konkurrenz machen kann. Das ist eine tolle Wirtschaft, weil man in der „freien“ kapitalistischen Wirtschaft nicht in der Lage ist, die Erzeugung dem Bedarf anzupassen. Solange das nicht systematisch und energigehrig geschieht, bleibt alle Hilfe für die Landwirtschaft Quacksalberei, Gefahr der Geldverschwendung, für die dann das arme Volk durch neue Belastung büßen soll.

Auch ein neues Brotgesetz, das den Roggenbrotverbrauch unterfüttern soll, ist in dieser Hinsicht mehr Geste als Praxis. Eine Bestimmung ist auf Betreiben der Sozialdemokraten aufgenommen worden, daß, wie es heute in einzelnen Landesteilen schon geschieht, Brot nur nach Gewicht verkauft werden darf. Das ist notwendig, weil bisher bei sinkenden Mehlpreisen der Brotpreis noch lange nicht sank. Wenn nur nach Gewicht verkauft werden darf, wird in solchen Fällen insbesondere durch das Beispiel der Konsumvereine der Preis sinken und im allgemeinen eine notwendige Preiskontrolle erzielt.

Aber alle solche Hilfsmittel können zeitweise, nicht dauernd helfen. Das kann nur geschehen durch vernünftige Wirtschaftsorganisation, vernünftige Steuer- und Sozialpolitik, wie die organisierte Arbeiterchaft sie anstrebt. Je umfassender die arbeitenden Massen die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation und proletarisch-politischer Arbeit einsehen, desto rascher könnten wir solchen Zuständen näher kommen.

Volksnot — Bauernnot.

In der Art und Weise, wie in einem Staat die Einnahmen und die Ausgaben gestaltet sind, offenbart sich die Macht der miteinander ringenden Klassen. In Deutschland sind über 60 Prozent der Staatseinnahmen Massenbelastung, noch nicht 40 Prozent Belastung. Um eine andere, für die breiten Volksmassen günstigere Verteilung geht der Kampf der politischen und gewerkschaftlichen Arbeitervertretung, wie es bei den Staatsausgaben um die

Sicherung der sozialen Ausgaben

geht. Nachdem bei den wochenlangen Kämpfen um die Neugestaltung der Reichsfinanzen die

Arbeitslosenversicherung

aus der Schutzlinie heraus schien, hat die Deutsche Volkspartei sie Mitte März wieder hineingestellt. Der volksparteiliche Minister Moldenhauer und der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wisjell haben gegeneinander öffentlich in der Frage der Arbeitslosenversicherung polemisiert und die Volkspartei hat wieder Forderungen gestellt, die eine Einigung unmöglich machen. Ihre Unterhändler verlangten am 14. März in bezug auf die Arbeitslosenversicherung:

- 1. die unbefristete Darlehenspflicht des Reiches wird aufgehoben;
2. das Reich gewährt der Arbeitslosenversicherung einen festen, im Etat normierten jährlichen Zuschuß;
3. der Vorstand der Arbeitslosenversicherung kann beschließen, daß der Beitrag in Höhe von 3,5 Prozent über den 30. Juni 1930 beibehalten wird;
4. die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung müssen sich im Rahmen der unter 2 und 3 genannten Einnahmen bewegen. Wenn ein Ausgleich notwendig ist, ist der Vorstand der Arbeitslosenversicherung verpflichtet, Verwaltungsausgaben und Leistungen den Einnahmen entsprechend festzusetzen.

Nur 190 Millionen sollten nach den ersten Vorschlägen in den Etat eingelegt werden. Weiter sollten die Prüfer der Arbeitslosenversicherung erweiterte Befugnisse haben, um Leistungen zu beseitigen, die angeblich dem Gesetz nicht entsprechen. Ferner sollten Leistungen der Anstalt geändert werden, z. B. die Beiziehung der Unterstützung an Doppelverdiener, an Familien, in denen noch andere Angehörige irgendeinen Verdienst haben. Endlich wurde von ihnen die Verlängerung der Karenzzeit für Bedigte gefordert. Mit diesen Vorschlägen glaubt die Volkspartei, 60 bis 80 Millionen Mark sparen zu können.

Mit den Sozialdemokraten widerriechen Demokraten, Zentrum und Bayerische Volkspartei diesen Vorschlägen. Infolgedessen kam ein modifizierter neuer Vorschlag von den Sozialpolitikern der Volkspartei, des Zentrums und den Demokraten. Er bejahte inhaltlich:

Änderung des § 163: „Wenn der Bedarf der Anstalt aus Beiträgen und aus dem Rückhoß nicht völlig gedeckt werden, obwohl der Beitrag rechtzeitig einbehalten für das Reichsgebiet festgesetzt wurde, so gewährt das Reich Zuschüsse, deren Höhe alljährlich im Reichshaushalt festgesetzt wird. Uebersteigt der Bedarf der Anstalt infolge außerordentlicher Verschlechterung des Arbeitsmarktes die eigenen Mittel und den Zuschuß, so sind fehlende Beträge auf dem Wege des Nachtragshaushaltes aufzubringen.“

Im § 153 Abs. 3 soll die Zahl 3 durch 3,5 ersetzt werden, dieser letztere Beitragsfuß also dauernd gesetzlich festgelegt werden.

Um einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen, ist der Vorstand ermächtigt, Maßnahmen zu treffen. Er kann dabei von den Vorschriften des Gesetzes ab-

weichen, darf dabei aber nicht allgemeine Kürzungen der Leistungen vornehmen.

Der Reichszuschuß für 1930 beträgt 150 Millionen Mark.

Gegen die Regierungsvorschläge bedeutete dieser Vorschlag eine große Verschlechterung. Die Regierung wollte das Defizit decken durch Verkauf von 150 Mill. M. Vorzugsaktien, durch Erhöhung des Beitrags auf 3 1/2 Prozent (eventuell 4 Prozent) und durch 50 Mill. M. aus der Industriebelastung. Gegenüber dieser restlosen Sanierung bedeutet der Vorschlag der Deutschen Volkspartei einen Fehlbetrag von ungefähr 200 Mill. M. Der Zwang zu Einparungen, insbesondere aber die Aufhebung der Darlehenspflicht, die Befugnis für den Vorstand, Leistungen anderweitig festzusetzen, ist für Arbeitervertreter einfach undisputabel und die sozialdemokratische Fraktion hat denn diese Vorschläge auch ohne Debatte abgelehnt.

Auf dem Gebiet der Steuern gehen die Verhandlungen noch weiter, wobei die Bürgerlichen um Befreiung, die Sozialdemokraten um möglichst geringe Massenbelastung kämpfen.

Geringschätzung der Volksnot,

Klagen und Jammern über die Not der „Wirtschaft“, der Befiehenden, ist dabei die Hauptnote in dem bürgerlichen Konzert. Ueber Steuerentlastungen im Interesse der Volkswirtschaft, die auch im Interesse der Arbeiter liegen können, ließe sich sehr wohl reden, wenn man nur ein paar Grundzüge einfacher Gerechtigkeit anwenden wollte. Mit Offenlegung der Steuerlisten und kleiner Anspannung der Erbschaftsteuer wäre eine Milliarde Mark neuer Einnahmen

zu schaffen! Aber solche Grundzüge wollen die Bürgerlichen nicht anwenden und deshalb sind sie für Massenbelastung und Sozialabbau.

Ganz anders bei der Landwirtschaft!

Wir sind die letzten, die einen Notstand in Teilen der Landwirtschaft leugnen, die letzten, die den schaffenden Bauern und Landarbeitern nicht helfen wollen. Aber nicht die ganze Landwirtschaft ist in Not, sondern nur Teile, besonders im Osten, und hier auch zum größten Teile der Großbesitz. Ueber die Verschuldung der Landwirtschaft werden Zahlen genannt, die mit Mißtrauen aufzunehmen und zum großen Teil als falsch nachzuweisen sind. Da werden die angegebenen Schulden auf die landwirtschaftlich benutzte Fläche berechnet, statt auf den gesamten Grundbesitz. Da operiert man mit dem Einheitswert, der wesentlich niedriger ist als der bei Verkäufen nachgewiesene wirkliche Wert.

Die Roggenbauern sind nun wirklich in Bedrängnis, da die Roggenpreise katastrophal gesunken sind. Für sieben Mark kann der Bauer keinen Zentner Roggen produzieren. Der Zentner kostete in der Vorkriegszeit 8 M., ein Preis von etwa 11 M. würde heute entsprechend und erträglich sein.

Um den Roggenpreis zu halten, Anreiz zu größerem Roggenverbrauch im Inland zu schaffen, sind vom Reich Duzende von Millionen Mark ausgegeben worden. Man hat ein paar hunderttausend Tonnen Roggen aufgestapelt, die Zölle beweglich gestaltet, um sie je nach den Weltmarktpreisen herab- oder heraufzusetzen. Dies System soll jetzt erweitert werden. Zunächst sollte man der Regierung eine Ermächtigung dafür geben, aber die Sozialdemokraten lehnten eine solche Ermächtigung ab. Weitere Vollstapelung, billige Gerste bei gleichzeitigem Verbrauch von vergälltem Roggen und ein Maismonopol sollen helfen.

Auch das wird nur ein Nothelfer sein, denn eine gute Ernte (vor der man stellenweise Angst hat) könnte auch

Das Gesetz über Bergmannsiedlungen.

Ein Erfolg unseres Verbandes.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats am 13. März im „Reichsgesetzblatt“ verkündet und am 14. März in Kraft getreten ist:

§ 1.

Das Vermögen, das zur Errichtung von Bergmannswohnungen auf Grund des Beschlusses des Reichskohlenverbandes vom 30. Dezember 1919 und seiner Bekanntmachungen vom 31. Dezember 1919 und vom 28. April 1920 („Reichsanzeiger“ für 1920 Nr. 145 und für 1920 Nr. 1 und 91) und der Bekanntmachung des Reichskohlenrats über die Errichtung von Beträgen für den Bergarbeiterwohnungsbau und die Verbilligung von Bergarbeiterlebensmitteln vom 31. März 1921 nebst Abänderungs-Bekanntmachungen vom 11. Mai, 28. Juni und 12. September 1921, vom 27. Februar, 30. August, 14. und 29. November 1922 und vom 27. Januar und 8. Februar 1923 („Reichsanzeiger“ für 1921 Nr. 76, 110, 150, 216; für 1922 Nr. 51, 195, 259, 272; für 1923 Nr. 25 und 35) aufgebracht worden ist (Bergmannsiedlungsvermögen), wird von den nachgenannten Treuhänderstellen nach Maßgabe der „Bestimmungen des Reichsarbeitsministers über die Gewährung von Beihilfen aus Reichsmitteln zur Errichtung von Bergmannswohnungen“ vom 21. Januar 1920 nebst Abänderungs-Bekanntmachungen vom 18. Mai 1920, 30. September 1920, 2. August 1922, 30. August 1923 und 1. Juli 1927 („Zentralblatt für das Deutsche Reich“ 1920 S. 67, 595 und 1478, 1922 S. 443, „Reichsministerialblatt“ 1923 S. 923 und „Reichsanzeiger“ 1927 Nr. 156) verwaltet.

§ 2.

Treuhänderstellen sind:

1. die Treuhänderstelle für den Bau von Bergmannswohnstätten im ober-sächsischen Steinkohlenbezirk GmbH. in G l e i w i z ;
 2. die Treuhänderstelle für Bergmannswohnstätten im nieder-sächsischen Steinkohlenbezirk GmbH. in W a l d e n b u r g ;
 3. der Verein zur Errichtung von Bergmannswohnungen e. V. in Z w i c k a u i. S a. ;
 4. die Ostfälische Treuhändergesellschaft für Bergmannsiedlungen GmbH. in S e n f t e n b e r g N.-L. ;
 5. die Mitteldeutsche Treuhändergesellschaft für Bergmannsiedlungen GmbH. in H a l l e a. S. ;
 6. die Niedersächsische Treuhändergesellschaft für Bergmannsiedlungen GmbH. in B a r s i n g h a u s e n bei Hannover;
 7. die Treuhänderstelle für Bergmannswohnstätten im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk GmbH. in E s s e n ;
 8. die Wohnungsbauvereinigung für das rheinische Braunkohlenrevier GmbH. in K ö l n ;
 9. die Reichsbeihilfe zur Errichtung von Bergmannswohnungen im Nacher Steinkohlenbezirk GmbH. in N a c h e n .
- Sie können die zum Bergmannsiedlungsvermögen gehörenden Rechte im eigenen Namen geltend machen.

§ 3.

Die Treuhänderstellen haben zur Förderung des Gemeinwohls dafür zu sorgen, daß

- a) die Mittel des Bergmannsiedlungsvermögens nur zur Schaffung, Verwaltung und Erhaltung von Wohnungen für versicherungspflichtige Arbeitnehmer des Kohlenbergbaues und für die Witwen von solchen Arbeitnehmern verwendet (Wohnungsberechtigte);
- b) die zu diesem Vermögen gehörenden und die mit Beihilfen aus Mitteln dieses Vermögens hergestellten Wohnungen (Bergmannswohnungen) bis zum Ablauf von 20 Jahren nach ihrer Fertigstellung nur von Wohnungsberechtigten bewohnt werden;
- c) die Benutzung einer Bergmannswohnung nicht von dem Bestehen eines Arbeitsverhältnisses bei einem bestimmten Arbeitgeber abhängig gemacht wird;
- d) ihren Verwaltungsräten bzw. ihrem Vereinsvorstand nur Arbeitgeber der Betriebe, die Beiträge zu dem Bergmannsiedlungsvermögen geleistet haben, und Beauftragte von Vereinigungen Knappschaftsversicherungs-pflichtiger Arbeitnehmer, deren Geschäftsbereich sich über das Reich erstreckt, angehören, und zwar Arbeitgeber und Arbeitgeber mit gleichen Rechten.

Von den Vorschriften des Abs. 1. a und b kann abgewichen werden, wenn in erreichbarer Nähe der Wohnungen keine Gelegenheit zur Beschäftigung im Kohlenbergbau besteht, oder in besonders begründeten Einzelfällen, insbesondere bei Eigenheimen, wenn dem Bergmannsiedlungsvermögen eine angemessene Entschädigung dafür zugeführt wird.

Einem Wohnungsberechtigten steht gleich, wer wegen Invaliderität (Berufsunfähigkeit) im Sinne des Reichsknappschaftsgesetzes oder infolge Betriebsunfalls aus der Beschäftigung im Kohlenbergbau ausgeschieden mußte oder nach mindestens fünfjähriger Beschäftigung im Kohlenbergbau ohne sein Verschulden gegen seinen Willen ausgeschieden ist.

Als wohnungsberechtigt ist auch eine Familie anzusehen, von der ein zum Hausstand gehöriges Familienmitglied als Arbeiter oder versicherungspflichtiger Angestellter im Kohlenbergbau beschäftigt ist.

§ 4.

Die Bergmannswohnungen unterliegen nicht der Hauszinssteuer oder anderen, an deren Stelle tretenden Belastungen.

§ 5.

Die Treuhänderstellen unterstehen der Aufsicht des Reiches. Diese wird durch den Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister ausgeübt.

Der Reichsarbeitsminister beruft im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister auf Vorschlag der Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Kohlenbergbaues einen Gesamtausschuß der Bergmannsiedlungen aus je 5 bis 7 Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Der Gesamtausschuß kann Verwaltungsrats- und Vorstandsmitglieder, die den Erfordernissen des § 3 Abs. 1 a nicht genügen oder durch ihr Verhalten die Treuhänderstelle schädigen, nach Anhörung der beteiligten Treuhänderstelle und des betroffenen Mitgliedes abberufen. Ist eine Einigkeit innerhalb des Ausschusses nicht zu erzielen, so entscheidet der Ausschuß unter dem Vorsitz eines Unparteiischen, den der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister ernannt. Die Abberufung wird mit der Bekanntgabe an das Mitglied wirksam.

§ 6.

Die zur Errichtung von Bergmannswohnungen und zur Verbilligung von Bergarbeiterlebensmitteln erfolgten Leistungen können nicht mit der Begründung zurückgefordert werden, daß der im § 1 genannte Beschluß des Reichskohlenverbandes oder eine der dort bezeichneten Bekanntmachungen rechtsunwirksam oder von einer unzuständigen Stelle erlassen oder auf die Kohlenmenge, die der Berechnung der Leistung zugrunde gelegt war, nicht anwendbar seien. Ebenso sind ausgeschlossen Schadenersatzforderungen, die auf einen dieser Gründe gestützt werden.

Rückständige Leistungen der im Abs. 1 genannten Art können nicht mehr verlangt werden.

Entschädigungsansprüche werden durch diese Vorschriften nicht begründet.

§ 7.

Die vom Reichsarbeitsminister erlassenen Bestimmungen über die Gewährung von Beihilfen aus Reichsmitteln zur Errichtung von Bergmannswohnungen vom 21. Januar 1920 nebst Abänderungen gelten als allgemeine Verwaltungsanordnungen. Stellen im Sinne der Ziff. 4 dieser Bestimmungen sind die im § 2 genannten Treuhänderstellen. Die Befugnisse der Reichsarbeitsgemeinschaft für den Bergbau gehen auf den Gesamtausschuß (§ 5 Abs. 2) über.

§ 8.

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.



Die Schaffung dieses Gesetzes war, um eine vermögensrechtliche Klarung für die Vermögen der noch bestehenden neun Treuhänderstellen zu schaffen, eine zwingende Notwendigkeit geworden. Um den Lesern den Sinn und die Bedeutung des Gesetzes vor Augen zu führen, ist es notwendig, mit ein paar Worten auf die Entstehungsgeschichte einzugehen.

Um die Kohlenlieferungsverpflichtungen auf Grund des Abkommens von Spaa vom Jahre 1919 erfüllen zu können, war eine gesteigerte Kohlenförderung notwendig geworden. Die Vermehrung der Belegschaften aber war nur möglich bei intensiver Förderung des Wohnungsbaues. Man war gezwungen, für den Kohlenbergbau auf dem schnellsten Wege ein Wohnungsbauprogramm durchzuführen. Um den gedachten Plan ausführen zu können, beschloß der Reichskohlenverband am 30. Dezember 1919, ab 1. Januar 1920 eine Preiserhöhung für die Kohle eintreten zu lassen zur ausschließlichen Verwendung für Kohlenbergarbeiterheimstätten. Die auskommenden Beträge mußten die Werke an die Syndikate abführen. Die Regelung geschah auf der Grundlage der „Bestimmungen über die Gewährung von Beihilfen aus Reichsmitteln zur Errichtung von Bergmannswohnungen“ vom 21. Januar 1920.

Das Wort „Reichsmittel“ ist irreführend. In Wirklichkeit handelte es sich nicht um durch den Reichsetat geflossene Mittel. Es war vielmehr ein Zweckvermögen, das auf der Grundlage

Soziale Betriebspolitik.

Soziale Betriebspolitik ist ein schönes Wort. Der gewöhnliche Mensch versteht darunter, daß dort, wo der Mensch einen großen Teil seines Lebens verbringt und wo er seiner Bestimmung gemäß volkswirtschaftliche Arbeit leistet, die soziale Gesinnung vorherrschend sein soll. Doch wie verschieden dieses Problem beurteilt wird, zeigte eine Vortragsreihe, die das Vorkursinstitut der Technischen Hochschule Berlin kürzlich veranstaltete. Insgesamt sprachen zehn Redner über das Thema: „Die soziale Betriebspolitik industrieller Unternehmungen“.

Die Vortragsreihe wurde eröffnet von Oberingenieur Arnhold, dem bekannten Führer des Deutschen Instituts für technische Arbeiterbildung, das unter dem Namen Dinta hienreichend bekannt ist. Herr Arnhold, der über das Thema „Industrielles Führertum im Sinne des Dinta“ sprach, benutzte die Gelegenheit, sein Spitzwort über den grünen Klee zu loben. Wenn man die Rede aufmerksam verfolgte, mußte man zu der Ueberzeugung kommen, daß die deutsche Arbeitererschaft aus reinen Trotteln besteht und voll von Groll ihre Tätigkeit verrichtet, und daß das Dinta volkswirtschaftlich eine wahre Mission erfüllt, wenn es sich zur Aufgabe setzt, den Arbeiter zu einem tüchtigen Fachmann, zu einem wendigen und fröhlichen Menschen zu ziehen. Doch der Pferdefuß wird direkt sichtbar, wenn man die Geschichte des Dinta kennt und den Endzweck seiner Tätigkeit gebührend berücksichtigt. Das Dinta soll bereits in 130 Großbetrieben eingeführt sein. Ein riesiger Apparat steht ihm zur Verfügung. Werkzeitungen und anderes Druckmaterial werden in Massenausgaben herausgegeben. Man sieht also sofort, daß hier etwas anderes dahintersteht. Das Dinta geht bekanntlich von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie aus und wird von dieser Industriegruppe besonders gepflegt. Man vernahm aus dem Munde des Herrn Arnhold, daß das Dinta nicht nur den Menschen im Betriebe schulden will, sondern auch um die Entlohnung der Arbeiter bemüht ist. Die täglichen Sorgen sollen von der Arbeitererschaft genommen werden, indem man sich um ihre Familie bemüht, Hausfrauenkurse errichtet, Kurse für Arbeiterfrauen, Unterhaltungsabende usw. veranstaltet. Das alles soll den Zweck haben, den Arbeiter an das Werk zu fesseln, ihn in den Bannkreis des Unternehmens nicht nur während der Arbeitszeit, sondern auch außerhalb derselben zu ziehen.

Eine sehr lehrreiche Gegenüberstellung

erfahren die Zuhörer bei dem Vortrag, den Herr Dr. Schommerus von den Carl-Zeiß-Werken in Jena hielt. An sich schon ein starker Gegensatz, den Betrieb des ersten großen Sozialpolitikers in der Praxis, Abbé, mit den Großunternehmungen der Stinnes, Kirdorf und Genossen zu vergleichen. Bei der Carl-Zeiß-Stiftung wird schon seit 1900 acht Stunden gearbeitet, während bei den Schloßbaronen des Westens 30 Jahre später noch heftige Kämpfe um den Achtstundentag geführt werden müssen. In den Hütten- und Walzwerkbetrieben war das Wort „soziale Betriebspolitik“ mindestens bis vor dem Kriege Schall und Rauch. In Jena dagegen wurde dieser Begriff in die Tat umgesetzt. Bei den Jenaer Stiftungsbetrieben fallen Lantienen für Aufsichtsräte und die hohen Gehälter der Vorstandsmitglieder weg. Die Stiftung hat festgelegt, daß die höchsten Gehälter der leitenden Beamten einschließlich der Mitglieder der Geschäftsleitung das Zehnfache der jährlichen Einnahmen der Arbeiter, die drei Jahre dem Betrieb angehören und über 24 Jahre alt sind, nicht überschreiten. Wie es dagegen im Bereiche der Dinta-Leute aussieht, wo es von Aufsichtsräten, Generaldirektoren, Direktoren und Betriebsdirektoren nur so wimmelt, braucht nicht besonders betont zu werden. Bei den Zeiß-Werken bekommt jeder Arbeiter bis drei Wochen Urlaub, der selbstverständlich bezahlt wird, während in den Großbetrieben der Metallindustrie bezahlter Urlaub nur bis zu einer Woche gewährt wird. In Jena hat jeder Arbeiter nach fünfjähriger Tätigkeit Anspruch auf Pension in Höhe von 50 Prozent seines Grundlohnes. Nach zehn Jahren steigt die Pension auf 80 Prozent. Die Witwenpension beträgt sechs Zehntel des Arbeitslohnes. Die hierzu benötigten Gelder werden aus dem Vermögen der Stiftung bzw. Werte bezahlt. In den Werken, wo das Dinta herrscht, ist von einer Pension überhaupt keine Rede. Jeder Arbeiter, der nicht mehr benötigt wird, fliegt auf die Straße. In den Jenaer Werken gibt es keine Strafbestimmungen. Ermahnungen und in ernstesten Fällen Verwarnungen genügen vollauf.

der Zusammenziehung der Reichsarbeitsgemeinschaft verwaltet werden sollte. Da diese sowie die Bezirksarbeitsgemeinschaften jedoch keine Rechtspersönlichkeiten waren, wurden für das gesamte Reichsgebiet für diesen besonderen Zweck zehn Treuhänderstellen mit paritätischer Zusammensetzung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegründet. Diese Treuhänderstellen stellten nun über die Syndikate die Mittel aus der besonderen Kohlenabgabe zu.

Um vermögensrechtliche Beziehungen hat man sich zunächst wenig gekümmert. Die Hauptfrage war der schnelle Bau von Wohnungen. Und so sind dann im Laufe weniger Jahre insgesamt über 35 000 Wohnungen gebaut worden.

Teilweise sind die Wohnungen, soweit sie sich dazu eigneten, an Eigenheimern gegen Rückkaufficherung verkauft worden, der überwiegende Teil der Wohnungen jedoch sind Mietwohnungen. Grundlag war, daß die Wohnungen unter Berücksichtigung der Bergarbeiterlöhne zu möglichst billigen Miet- und Zinsfüßen abgegeben werden sollten.

Im Laufe der letzten Jahre entstanden Zweifel über die Vermögensrechte. Die Arbeitgeber neigten teilweise der Auffassung zu, ein Rückforderungsrecht an die Treuhändervermögen zu besitzen, weil die Bestimmungen vom 21. Januar 1920, auf Grund deren die Abgabe erhoben wurde, der Gesetzeskraft entbehrten. Das Reichsgericht hat diese Auffassung gestützt. Auch über das Wohnrecht wuchsen die Streitigkeiten. Und obendrein war in vielen Fällen die paritätische Mitwirkung der Arbeiter bei der Verwaltung der Wohnungen ganz oder teilweise ausgeschlossen. Eine gesetzliche Regelung wurde immer dringender und so sind nun auf die Initiative des Bergbauindustriearbeiterverbandes hin die bisher höchst unsicheren Rechtsverhältnisse in eine leicht übersichtliche gesetzliche Form gebracht worden.

Der § 3 läßt eine leichte Lockerung der Bindung an den Kohlenbergbau eintreten. Der Vorteil dieser Bestimmung wird vielen infolge der Rationalisierung abgebauten Bergarbeitern, die sich in anderen Berufen Beschäftigung suchen mußten, zugute kommen.

Der wichtigste Paragraph des Gesetzes ist der § 6. Danach sind alle etwaigen Rückforderungsrechte von Seiten der Arbeitgeber an das von den Treuhänderstellen verwaltete Vermögen und die Gefahr, daß aus den Treuhänderwohnungen Wertwohnungen werden könnten, beseitigt worden. Dabei ist auch wohl kein Zweifel, daß das Gesetz in vollem Umfang für die von den Untergesellschaften im Auftrage der Treuhändergesellschaften erstellten Wohnungen Anwendung zu finden hat.

Ohne jede Uebertreibung bedeutet die Schaffung des Gesetzes einen Erfolg unserer Verbandsarbeit. Es wird sich zum Vorteile für die Bergmannswohnstättenbewohner auswirken.

Wir haben absichtlich zwei Extreme gegeneinandergestellt, weil sie das Thema an sich in seiner Vielgestaltigkeit eher herausstellen und die Verschiedenheit der Anschauungen klar hervortreten lassen. Der Extrakt ist der: das Dinta kämpft um die Seele der Arbeitererschaft unter Aufwand riesiger Mittel und die Carl-Zeiß-Stiftung gewinnt die Seelen ihrer Arbeiter mit dem Augenblick, wo sie in Stellung treten. Arnhold will in dem Vorgehen im Betrieb eine Siegfriednatur verwirklichen, während in Jena der Vorgefetzte ein Gleicher unter Gleichen ist oder wenigstens sein soll. Kurzum: Gegenläge, wie sie nicht scharfer herausgearbeitet werden können!

Sehr interessant war auch der Vortrag des Herrn Brauweiler von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände. Interessant insofern, daß er mit sehr viel Worten sehr wenig zu sagen wußte. Das Thema seines Vortrages:

„Arbeitgeberverbände und soziale Betriebspolitik“

hätte für die Zuhörer ein Programm werden können. Statt dessen sprach er über die Entstehung der deutschen Arbeitgeberverbände, wobei er die Behauptung wagte, daß diese erst gegründet seien, als die Vereinigungen der Arbeiter für den Unternehmer gefährlich zu werden drohten. Er vergaß zu erwähnen, daß es viel früher starke Unternehmerverbände als starke Gewerkschaften gegeben hat. Herr Brauweiler machte das Verständnis, daß der deutsche Arbeiter keineswegs materielle Interessenpolitik treibe. Er erkannte ferner an, daß das Betriebsrätegesetz notwendig und geeignet sei, Spannungen im Betriebe zu beseitigen. Die Arbeitgeberverbände seien geschaffen, um die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf kollektivistischer Grundlage vorzunehmen. Dennoch müßte eine Auslöschung dieser zentralen Abmachungen erfolgen, um den Einzelbetrieben eine genügende Spanne zur Ausübung sozialer Betriebspolitik zu ermöglichen.

Eine Klasse für sich scheint der Inhaber einer mechanischen Weberei in Börsch, Dr. Schenz, zu sein. Er brüstete sich damit, daß der allgemein gültige Tarifvertrag in seinem Unternehmen beseitigt und eigener Arbeitsvertrag an dessen Stelle getreten sei. Der Arbeitsvertrag habe nur drei Bestimmungen: 1. es wird nicht gestreikt; 2. es wird nicht gesperrt und 3. alle Betriebsangelegenheiten werden zwischen Arbeiter und Unternehmer direkt erledigt. Die Arbeiter seien aus den Gewerkschaften und er selbst aus dem Industriellenverband ausgestiegen. Herr Schenz glaubt damit den Beweis erbracht zu haben, daß seine Betriebspolitik richtig sei. Ueber den Wirkungsgrad einer solchen Betriebspolitik spielte Schenz einen besonderen Trumpf aus: Während im Jahre 1919 nur 100 Meter Damast täglich hergestellt worden seien, sei die Produktion 1929 auf 30 000 Meter gestiegen. Wie diese Produktionssteigerung zustande gekommen ist und welche Maßnahmen dabei angewandt wurden, verhielt er sich sehr sonderbar.

Weiter sprach nach der Vorlesung des Betriebsrats der Siemens-Schudert-Werke, der die Wirkung des Betriebsrätegesetzes und die Schwierigkeiten der Durchführung desselben vom Arbeiterstandpunkt aus behandelte.

Ein Sekretär der Wiener Arbeiterkammer fand ebenfalls treffende Worte über die Anschauungen, die in Gewerkschaftsfreien zum Problem „soziale Betriebspolitik“ geäußert werden.

Wenn wir abschließend unsere Meinung sagen sollen, so kann die Antwort kurz sein: Die Gewerkschaften stellen sich nicht gegen die soziale Betriebspolitik, im Gegenteil: sie sind gern bereit, an der Verwirklichung derselben mitzuarbeiten. Aber der Begriff müßte erst einmal geklärt werden. Als soziale Betriebspolitik kann die Tätigkeit des Dinta kaum aufgefaßt werden. Soziale Betriebspolitik ist es auch nicht, was der Börscher Musterunternehmer als neue Heilsbotschaft verkündet, sondern soziale Betriebspolitik ist das, was die Carl-Zeiß-Werke in Jena seit mehr als 30 Jahren praktisch erproben. Die Erfolge dieses Werkes zeigen, daß auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft soziale Betriebspolitik möglich ist.

HAUS UND LEBEN

Das Vergessen.

Wir wollen wissen und wir streben danach, zu erkennen und teilzuhaben am großen Bildungsgute der Welt. Und wir möchten in unserem Gedächtnis so gern alles behalten, das wir lernen, von dem wir gelesen haben. Wir möchten wachsen an Geist und alles verstehend umspinnen. Und doch möchten Menschen so oft auch vergessen. Und Vergessen ist so manchem ein sehndendes Bedürfnis und ein Stück seines tieferen Lebensdrangs.

Die alten Germanen hatten den Reiter zum Symbole des Vergessens gemacht. Da zog er seinen Weg durch die Lüste. Ferner und ferner wurde sein Flug, und dann war er dem Blinde entschwunden. Und er trug mit seinen Füßchen das Sehnen der Menschen nach Vergessen fort.

Aus solchen Symbolen können wir die künstlerische Seele auch des schlichtesten Menschen erkennen. Groß ist sein Sinn und aus tiefsten Quellen quillt sein Wollen. Und selbst sein Vergessen bindet er mit dem Schöpferischen. In die Ferne des Unerreichbaren geht des Reiters ruhiger Flug, und mit ihm geht des Menschen Vergessen ins Ferne, Letzte. Und im Unerforschlichen und Unendlichen löst es sich auf, da im Erhabenen, aus dem sich wieder neue schöpferische Größe kündigt.

Laß dein Leid darum hinweggetragen werden ins Ferne! Weite dein Herz! Vergiß alles Kleinliche und alles so Kleine! Wie wichtig erschien da so manches, das Menschen trennte, und wie verblaßte es nachher im Lichte des anderen Tages!

Gönne dir eine Stunde deines Vergessens! Des Vergessens dessen, das dich in deine Größe und in deiner Aufgabe zum Leben hemmt! Und in deiner Pflicht zur brüderlichen Gemeinschaft, die allein diese neue Gestaltung des Lebens erzwingt.

Sei Mensch und sei groß! Laß dein Sehnen, das du nach Weite und Ferne hast, auch dein Vergessen tragen! Daß du nur Mensch bist und nicht vom Kleinen und vom Gehässigen entwürdigt wirst.

Verne vergessen, daß du dann im Wissen der Mensch bist, der das Wissen erhöht und erhebt zum heiligen Dienste am Menschlichen.

Dr. Gustav Hoffmann.

Feierschichten.

Eine allgemeine Begleiterecheinung der Weltkrise der kapitalistischen Wirtschaft ist neben der großen Massenarbeitslosigkeit auch die Kurzarbeit. Wir im Bergbau verspüren dies sehr so drastisch durch die Feierschichten.

So steht dann an dem Brett der Marktenkontrolle einfach der Anschlag:

„Morgen muß wegen schwierigen Abgabeverhältnissen unter und über Lage gefeiert werden. Die Verwaltung.“

Doch dieser schlechte Anschlag hat die suggestiv wirkende Kraft, daß er morgen 3000 Arbeitern von dieser einen Schichtanlage das Brot raubt und sie zum Nixtum verurteilt. Das letztere wäre an sich nicht so schlimm, denn diese Freizeit, richtig angewandt, gereicht der Arbeiterschaft zum Segen.

Gestern hing bei uns auch wieder der bekannte Anschlag an dem Brett. Davor stauen sich nun die Kumpels und lesen mit betrübten Mienen die traurige Mitteilung. Stimmungen werden laut. Bemerkungen werden gemacht, wie: verdammte Bande, aufgehängt sollte man sie! Oder: aushungern willt man uns, Brotkorb der Hochhänger usw. Dies alles quillt aus den gequälten Proletarierseelen. Empörung wächst in ihnen empor gegen diese dunkle Macht, die sie beherrscht, doch deren Wesen sie nicht erklären können. Dann fangen diese Proletarierseelen

Zartgefühl.

Wessen Herz wird nicht von Mitleid bewegt, wenn er auf der Promenade in der Stadt, oder wo immer es sei, einem armen unglücklichen Menschenkinde begegnet, das mit irgendeinem körperlichen Gebrechen belastet ist? Wie traurig ist der Anblick eines lahmen oder vollständig gelähmten Menschen, wie jähmerlich ersieht uns das Gebären eines Taubstummen und wie tröst- und hoffnungslos starren uns die leeren Augen eines Blinden entgegen!

Gesundheit ist Reichtum! Wie gern unterschreiben wir da diesen Ausspruch, wenn wir solches Elend gesehen haben, und wie sind wir von ganzem Herzen dankbar dafür, daß wir bisher vor gleichem Leid verschont geblieben sind. Es muß schon ein ganz außerordentlich roher und brutaler Mensch sein, der es fertigbringt, über so einen Unglücklichen zu lächeln und zu spotten oder ungerührt an ihm vorüberzugehen. Es gibt aber leider auch gedankenlose Kinder, denen von den Eltern nicht die Ungehörigkeit ihres Benehmens flaggemacht wurde, die in ihrem Unverständnis einen solchen Armeseligen auslachen und verhöhnen. Kinder sind oft hart und grausam, wenn es verärgert worden ist, ihr Mitleid zu werden. Man muß die kleinen Unvernünftigen bezeugen auf die äußeren Gebrechen ihrer Mitmenschen aufmerksam machen, ihnen vorstellen, wie jähredlich es ist, blind, lahm, taub oder stumm zu sein, und ihnen zu Gemüte führen, daß diese Armen unsere Liebe und unser Mitleid doppelt verdienen. Und das Gefühl ist in einem gutgearteten Kinde sehr leicht zu wecken. Das Kinderherz ist so weich und rein wie eine weiße Wachstafel, und die Werte, welche wir auf diese Tafel schreiben, bleiben bestehen, bis der Tod sie wieder auslöscht.

Es gibt aber noch etwas, was wir nicht nur unseren Kleinen verbieten sollen, sondern was auch wir Großen zu tun vermeiden müssen; und leider geschieht das nicht immer. Diese armen Leidenden, denen schon eine so schwere Bürde auferlegt wurde, können meistens kein außerordentliches Mitleid ertragen. Wie oft aber begegnet man neugierigen Augen, in denen ja vielleicht auch ein Ausdruck des Mitleids liegt, die angelegentlich die ihnen begegnenden gebrechlichen Menschen betrachten. Versteht euch doch einmal an die Stelle des Betreffenden, der in vielen Fällen neben dem schwachen Körper auch eine krankhaft empfindliche Seele besitzt, und fühlt dann ausdringliche Blicke auf euch ruhen, die mit unerbittlichem Grauen und peinlicher Neugier euer Gebrechen betrachten! Laßt ihr nicht, daß alle diese armen Menschen genau dieselbe Lebenssehnsucht, denselben Durst nach Liebe und Schönheit haben, wie wir Gesunde, und daß alle diese Gefühle in ihnen unter einer feinen, zarten Decke schlummern, die sich bei dem leinsten rauhen Hauche bewegt und sie aufwachen läßt?

Fahrt durchs Kohlenland.

Fördertürme, Kohlenhalben, Rauch und Ruß und Essensqualm. Um das Heer der tausend Schloten tobt der Arbeit Schlachtenpsalm.

Tief im Schachte wühlen Hände und die Bohrer Funken sprühen, daß die nimmerfatten Öfen, daß Retorten, Essen glühen.

Oben, über brauner Erde Pflugchar blaut im Lichte gleißt. Bergmann unten — Schmiebele oben! Eifen rings die Lösung heißt.

Daß im Lichte das Brot gedeihe, perlt der Schweiß in enger Nacht. Daß die Pflugchar sich erneue, hält der Schmied am Feuer Wacht.

Fluren sonnen sich und dehnen sich bis an der Städte Rand; und des Rauches düstere Fahnen schlingen breit ein Trauerband.

Schaffen, schaffen, immer schaffen lönt der endlose Alarm. Sklaven unten — Knechte oben häufen Schätze — und sind arm.

Da und dort zuckt eine Flamme jäh aus eiserner Waste. Wars ein Zuruf, gasteiler Zornblick, oder schriller Schmerzenschrei?

Feuersprache loht zum Himmel leidgebanni und zornentfacht — dann senkt düstere Schleier wieder sich auf Hütten, Feld und Schacht.

Julius Zerfaß.

gar leicht Feuer aus dem Munde eines radikalen Phrasendrehers, der sie aufputscht zum blutigen Kampf, um dadurch aus dem Elend zur Freiheit zu gelangen. Und leider ist die psychische Einstellung der indifferenten Masse so, daß sie diesen Maulhelden ihr willig Ohr leiht und ihnen Glauben schenkt. Aber dadurch wird die nackte Tatsache, daß morgen wieder Feierschicht ist, doch nicht aus der Welt geschafft. Was nützt es dann, in radikalen Redensarten sich ergehen oder in dumpfer Stube hoden und Trübsal brüten? Nichts! Sein Elend heißt das nur vergrößern. Beim klassenbewußten Arbeiter wird dies auch kaum vorkommen. Er wird vielmehr im Kreise Gleichgesinnter diskutieren, um sein Wissen über Staat und Wirtschaft zu erweitern und zu vertiefen. Oder er geht mit noch einem Kameraden auf Hausagitation und sucht für den Verband zu werben. Auch wenn sie dabei keinen Erfolg haben, können sie vielleicht doch Aufklärung über den Verband in die Hirne indifferenten Arbeiter bringen. Ach, es gibt ja noch so viel Licht in die Arbeiterschaft hineinzutragen! Da ist Arbeit in Hülle und Fülle für den klassenbewußten Arbeiter und Gewerkschafter.

Manchmal ist auch diese Mission recht schwer, weil viele Arbeiter sich selbst erniedrigen, ihr Proletarierleben und ihre Arbeit nicht schätzen. Was ist schon in den Augen so mancher Arbeiter so'n Arbeiterleben? Nichts! Ein Haufen Dreck. Da geht man frühmorgens auf Arbeit, schuftet und plagt sich für'n paar laufige Groschen, um kaum das nackte Leben bestreiten zu können. Nachmittags oder auch erst abends geht man müde und abgepannt nach Hause und hat zu nichts mehr Lust. Nun überkommt einen der Schlaf und man kriecht ins Bett. Raum'n paar Stunden geschlafen, rappelt schon wieder der Becker und die Treitmühle geht von neuem los. Die anderen aber, die mit den hohen Gehältern, reden von Pflichten im Volksstaat, Opfer bringen für den Staat, und verträsten den Proleten auf bessere Zeiten und Himmelreich.

Wenn dann in solchen Momenten gedrückter Gemütsstimmung der Gewerkschafter bei dem Unorganisierten für den Verband werben kommt und von diesem Arbeiter verlangt, er soll, um aus seiner elenden Lage sich zu befreien, denken lernen, dann er in die schwierigen Probleme von Staat und Wirtschaft eindringt und durch diese Erkenntnisse sein Proletarierleben besser verstehen lernt, so wird dem Gewerkschafter wohl die Antwort zuteil:

„Ja, denk mal, wenn der Magen knurrt — denk mal, wenn die in den Adern geschwollenen Urine und Hände von der schweren Arbeit zittern — denk mal, wenn im Schweiß gebadet du dastehst und dein Vorgesetzter dich noch anschaut wegen Minderleistung und Faulheit — denk mal, denk mal — weißt du, was der Arbeiter dann denkt? Es sind gewiß keine Gedanken von der Vernunft, die ihr immer predigt. Vernunft, die verdammte müchlerne Vernunft, das ist es, womit ihr die Arbeitermassen im Schacht hält, das ist es, was ihr Gewerkschafter den Proleten jaggeriert, denn sonst — sonst könnte das Pulver soß explodieren und ein wüstes Chaos entstehen. Und das wollt ihr sozialistisch denkenden Gewerkschafter nicht!“

Ja wohl, mein lieber Arbeitskollege, das wüste Chaos würden wir Organisierten nicht, denn wir wollen unsere wirtschaftliche Lage verbessern, ohne erst noch tiefer in den Abgrund des Elends zu steigen. Glaubst du Unorganisierte vielleicht, wir hätten nicht dieselben Gefühle wie du und verspürten nicht auch das Sklaventum und Unterjochsein? Was uns zum Kämpfer mit geistigen Waffen werden läßt, ist die klare Erkenntnis der Dinge, ist das Bewußtsein unseres Wertes, wenn wir als Arbeiter zusammenstehen. Auch uns Organisierten fällt es oft nicht leicht, neben der schweren Arbeit noch für den Verband zu kämpfen und zu werben, gewerkschaftliche Schriften zu lesen und Funktionen auszuüben. Aber der feste Glaube an eine bessere Wirtschaftsordnung gibt uns Kraft und Willen, auch über die Stunden der Schwäche und des Zweifels hinwegzukommen.

So gibt es für den organisierten Klassenbewußten Arbeiter auch kein Bergweiseln, wenn Feierschichten sind, sondern nur verstärkter Wille nach vorwärts zum Ziel! Würden alle Arbeiter ihre Feierschicht bewußt erleben und an diesem ungewollten Feiertag sich mit ganzen Kräften der Bewegung widmen, dann hätte das Unternehmertum nur Schaden und die Arbeiterschaft den Erfolg.

Alban Sommer.

Die 13. Beitragswoche

läuft vom 23. bis 29. März 1930!

Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

Wie viele schlaflose, kummervolle Nächte mag sich ein armer Mensch durchkämpfen, wie viele heimliche Tränen geweint haben, ehe er sich durchgerungen hat zu der Erkenntnis, daß für ihn nicht alle diese Freuden blühen, die einem Gesunden wie etwas Selbstverständliches in den Schoß fallen! Mit solchen Menschen muß man doppelt zart, doppelt behutsam und liebevoll umgehen, darf sie niemals durch neugierige Blicke oder unzarte Fragen verletzen. Man darf ihnen aber auch kein Mitleid zeigen, denn das würde ihnen gleichfalls wehe tun. Gar nicht beachten darf man ihre Gebrechen, und geht man auf der Straße an ihnen vorüber, dann soll man sie nicht ansehen, als wäre etwas Besonderes an ihnen. Auch muß man ihnen oft fürschend aus uns gerichteten Augen ruhig begegnen, damit sie kein Erschrecken, kein Zurückweichen an uns bemerken. Führt uns das tägliche Leben mit ihnen zusammen, so laßt uns geduldig die Schwächen und Launen ertragen, welche sehr oft die Begleiterecheinungen ihrer Leiden sind. Laßt uns immer daran denken, daß wir unendlich viel reicher, viel bevorzugter sind als sie, und daß wir niemals zart und nachgiebig genug sein können, um ihnen nur einigermaßen die schwere Last tragen zu helfen.

W. Funk, Essen.

Heiratslust und soziale Lage.

Die Statistik hat ein Steigen der Heiratslust in Deutschland erwiesen. Da ist es lehrreich, zu wissen, in welchen sozialen Schichten sich die Heiratslust zeigt oder ein Unterschied in den verschiedenen sozialen Schichten vielleicht nicht vorhanden ist. Wir finden von Regierungsrat Dr. Karl Wagner, Mitglied des Statistischen Reichsamts, in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ hierüber interessante Ausführungen.

Daß nach dem Fortschritt der Behauptung heute eine frühere Eheschließung möglich ist und auch stattfindet, ist begreiflich. Vielleicht auch, daß in den Jahren des Krieges und der Inflation „mit ihnen für den Junggefallen besonders ungemütlichen Begleiterecheinungen“ eine ausgeprägte Zunahme der Heiratslust bei den älteren Junggefallen (über 40 Jahre) festzustellen ist. Aber wie wirkt sich die wirtschaftliche Lage nun vor allem auf die Eheschließungen aus?

Bei Betrachtung dieser Frage müssen wir unterscheiden zwischen der Heiratslust überhaupt und der Zeit der Eheschließung, und da steht fest, daß die wirtschaftliche Lage für die Zahl der Eheschließungen überhaupt vor allem der Altersaufbau der Bevölkerung in Betracht kommt.

Nur diesem Altersaufbau unseres Volkes heute hat sich nun ein starkes Anwachsen der Zahl der Eheschließungen ergeben.

und Dr. Wagner ist der Ansicht, daß der Höchststand der Eheschließungen mit über 600 000 Ehen für das Jahr etwa bis 1931 erreicht werden wird. Auf dieser Höhe wird die Heiratslust bis 1935 bleiben, um dann rasch abzusinken.

Aber dann ist für den Zeitpunkt der Eheschließung das wirtschaftliche Verhältnis von großer Bedeutung. Die Zahl der Heiratslustigen allein macht es nicht. Es ist in anderem Zusammenhang bereits festgestellt worden, daß bei älteren Menschen oft die Zeugungslust nicht mehr vorhanden ist. Auch ist ein bestimmtes Alter für einen gesunden Nachwuchs erwiesen. Aber da ist vielen Menschen heute die Ehe in diesem normalen Zeugungsalter nicht möglich.

Man hat diesen Einfluß, den die wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Eheschließungen ausüben, sogar für bestimmte Jahre, ja sogar für Vierteljahre festgestellt. Der wirtschaftliche Konjunkturverlauf entspricht der Kurve der Eheschließungen. Große Arbeitslosigkeit wirkt auf die Eheschließungen hemmend ein.

Aber auch wer durch langjährige Ausbildung zu seinem Beruf erst spät zur Existenz gelangt, hat erst spät die Möglichkeit zur Heirat. So auch die, die da selbst heute noch Aussicht haben auf eine Selbstständigkeit. Bei den Bäckern, Fleischern, Schneidern und Schuhmachern sind von den 25- bis 30jährigen Gefellen z. B. nur 28 bis 40 Prozent verheiratet, weil sie noch die Möglichkeit einer Selbstständigkeit erhoffen. Dagegen sind von den Facharbeitern dieser Altersgruppe bereits 60 Prozent verheiratet.

Auch die Frauenarbeit spielt bei den Eheschließungen eine große Rolle. Wenn auch nicht immer die Absicht besteht, die Frau ständig mit arbeiten zu lassen, so ist doch durch die Arbeit der Frau die Aussicht vorhanden, zu einer Wohnungseinrichtung zu kommen. Auch wirkt das Bewußtsein, die Frau als fähig zur gewerblichen Arbeit zu wissen, oft trotz der sozialen Schwierigkeiten ermunternd zur Heirat. Ist doch die Zahl der Familien heute nicht gering, in denen die Frau der gewerblichen Arbeit nachgeht und der Mann ohne Arbeit ist.

Dr. Wagner meint, daß in dieser Zeit der steigenden Heiratslust die Heiratsfähigkeit im Alter von 23 bis 28 Jahren bereits wieder abnimmt. Er meint, „daß die junge Generation mehr mit rationalen Erwägungen an die Ehe herantritt.“ Aber diese „rationalen Erwägungen“ sind meist soziale. Erst bauen sich die Vögel ihr Nest! Gestaltet darum das soziale Leben so, daß die Heirat den jungen Menschen möglich wird! Bevölkerungspolitik läßt sich nur aus dem Sozialen betrachten. Und statt der Sorge um Massengeburten sollte man daran denken, daß allen heiratsfähigen Menschen durch soziale Gestaltung der Lebensverhältnisse ein menschenwürdiges Familienleben möglich ist.

Unsere Generalversammlung.

Am 20. Juli 1930 findet in Breslau die Generalversammlung des Bergbauindustriearbeiterverbandes statt. Zu dieser Generalversammlung müssen alle Vorarbeiten getroffen werden. Jedes Mitglied muß an den Vorarbeiten beteiligt sein. Es muß ein Interesse zeigen, den inneren Bau seiner Organisation so zu gestalten, daß es als ein Teil des Ganzen respektiert und mit Rechten ausgestattet wird. Wenn aber einer Rechte erlangt hat, so hat er auch Pflichten, und diese Pflichten müssen bei ihm im Ausbau, in der Schutznahme und in der Verteidigung seiner Organisation zum Ausdruck kommen.

Wir Bergarbeiter müssen unseren Gedankengang umstellen, wir müssen in unseren Gedankengängen unsere Schöpfung, unsere Gründung, die Organisation, nicht als eine über uns stehende Einrichtung betrachten, sondern wir müssen den Bergbauindustriearbeiterverband als die von uns geschaffene Organisation ansehen, in der nicht der Autoritätsdünkel einer Kaste der Beamtenschaft vorherrschend ist, also als eine Einrichtung, in der ein jeder als Teil des Ganzen mitzureden und mitzubestimmen hat. Wir müssen die Mitglieder, denen die Führung und Leitung der einzelnen Stellen in der Organisation übertragen wurde, nicht als über uns stehende Autoritätspersonen ansehen, denen wir als untergeordnete Mitglieder zweiter Klasse gegenüberstehen, sondern wir müssen in unserer Organisation eine Einrichtung sehen, die aus einzelnen Mitgliedern mit dem gleichen Ziel ein Ganzes bilden: die Organisation!

Wir Bergarbeiter sind von Jugend auf der untergeordnete Teil im Erwerbsleben. Ueber uns herrscht eine Beamtenschaft, die jedes Denken und selbständige Handeln im Keime ersticken möchte. Die Abhängigkeit, die wir unser Leben lang in unserem Beruf erdulden müssen, soll sich aber nicht in unserer Organisation breitmachen. Wir müssen mit Selbstbewußtsein und mit Stolz den Bau, den unsere Väter errichtet haben, als ein Vermächtnis ansehen und alle Energie dafür aufwenden, den Bau zu vergrößern und auszubauen, zum Wohle für uns und für die kommende Bergarbeitergeneration.

Der oft erhobene Anspruch, daß es keinen Zweck hat, in die Versammlungen zu gehen oder sich zu organisieren, weil doch die einzelnen Mitglieder der Ortsverwaltung machen was sie wollen, ist ein Irrtum. Die Mitglieder der Ortsverwaltung sind durch die Mitglieder der Zahlstelle gewählt und werden, wenn sie ihre Pflicht nicht erfüllen, durch andere ersetzt. Auch ist es ein Irrtum, von einem herrschenden Beamtentum in der Organisation zu reden, denn die Beamten werden von der Generalversammlung gewählt. Diese Delegierten beschließen die Richtlinien für die Führung des Verbandes. Die Beamten und Angestellten des Bergbauindustriearbeiterverbandes sind nur die ausführenden Organe der Beschlüsse der Generalversammlung.

Wenn nun die eingereichten Anträge zur Änderung des Statuts nicht alle angenommen oder nicht angenommen werden in dem Sinne, wie die Antragsteller es wollten, so müssen sich die betreffenden Mitglieder dem Beschlusse der Mehrheit unterordnen. Keineswegs darf man die Beschlüsse anzweifeln oder sie als von der Führung beeinflusst gelten lassen. Darum wähle man Mitglieder als Delegierte, die selbständig sind und sich von keinem beeinflussen lassen.

Gewiß, einer Beeinflussung sind wir alle unterworfen, nur darf diese Beeinflussung nicht in der Richtung des alten Obrigkeitsgedankens bei uns Platz greifen. Leider ist die Gedankensrichtung der Bergarbeiter noch viel zuviel in dem Banne des alten Autoritätsgedankens. Daran krank unsere Bewegung am meisten. Nicht auf die gelegentliche Mitarbeit in der Organisation, nicht auf die Tat des einzelnen kommt es an, sondern viel mehr auf die Gedankenrichtung, auf das Selbstbewußtsein der Mitglieder. Jeder Bergarbeiter muß selbstbewußt durchs Leben gehen, er muß stolz sein auf seinen Stand. Sein Stand muß ihm am nächsten sein, mit seinem Standeskollegen ist er in Freud und Leid verbunden. Dadurch wird bei ihm das Klassenbewußtsein lebendig. Durch ein solches Klassenbewußtsein wird er in der Zugehörigkeit zu einer Organisation, zu seinem Stand

gefestigt und wird eine gesunde Kritik, auch an der Führung der Organisation, üben können. Darüber hinaus wird er aber gefestigt dastehen und den Beeinflussungen anderer Kreise nicht unterworfen sein. Das Selbstbewußtsein des Bergarbeiterstandes muß sich stärker entwickeln, bei ihm muß der Gedanke an die Zusammengehörigkeit ganz besonders ausgeprägt sein.

Der Bergmann schafft Werte, er schafft durch seiner Hände Arbeit den Reichtum für andere, er sichert durch seine gefährliche, gesundheitschädigende Arbeit den anderen Ständen und Beamten ein anständiges Leben. Er selbst führt ein freudloses, entbehrungsreiches Dasein. Warum wird in der Entlohnung der Wert der Arbeit des Bergarbeiters so niedrig bemessen, viel niedriger als die Arbeit eines Angestellten? Weil seine Gedankenrichtung, sein Klassenbewußtsein, sein Zusammengehörigkeitsgefühl nicht stark genug ausgeprägt ist und er sich selbst aus Unwissenheit niedriger einschätzt, sich niedrigeren Wert gibt, als er in der menschlichen Gesellschaft hat.

Das Leben ist ein Kampf; und die Bevölkerungsschicht, die es nicht versteht, den Kampf zu ihren Gunsten auszutragen, wird von den anderen Bevölkerungsschichten beherrscht und unterdrückt. Wollen wir Bergarbeiter aber in dem Kampfe Sieger bleiben, dann müssen wir unsere Organisation ausbauen

An die Verbandsmitglieder!

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Wahl der Delegierten zu unserer 27. Generalversammlung

am Sonntag, dem 6. April 1930

von 2 bis 6 Uhr nachmittags stattfindet und verweisen auf die bekanntgegebene Wahlordnung in Nr. 3 unseres Verbandsorgans vom 18. Januar 1930. Es muß Aufgabe aller Zahlstellenverwaltungen sein, dafür zu sorgen, daß die Wahlbeteiligung eine gute wird und die Mitglieder dafür sorgen, daß die zu wählenden Delegierten von einer großen Mehrheit der Mitglieder gewählt werden.

Im übrigen bitten wir, die Bestimmungen der Wahlordnung genau zu beachten und dafür zu sorgen, daß daneben auch die Bestimmungen des Statuts ihre Berücksichtigung finden. Der Verbandsvorstand.

und stärken. Heute noch werden wir beherrscht und bedrückt. Wenn der Zechendirektor den Beamten eine Anweisung gibt, so überbietet sich der eine Beamte noch mehr wie der andere, die Anweisung auf den Arbeiter anzuwenden. Unter Androhung der Entlassung wird dann aus der lebenden Maschine das äußerste herausgequetscht. Wenn der Bergarbeiterstand aber Zusammengehörigkeitsgefühl hätte, würde da auch der Zechendirektor mit seinen Beamten ihn so behandeln können? Nein, dann würden die Bergarbeiter mit lächelnder Miene ihn abweisen können.

Ein unwürdiges Verhalten mancher Bergarbeiter ist, wenn sie vielfach die Beamten in ihrer menschenunwürdigen Behandlung des Arbeiters noch unterstützen und ihnen Zubringerdienste leisten. Wir organisierten Bergarbeiter wollen an den Vorarbeiten zur Generalversammlung teilnehmen, wollen versuchen, durch Vorschläge den Ausbau unserer Organisation zu verbessern, durch Aufklärung die noch fernstehenden unorganisierten Kameraden der Organisation zuzuführen und so die Organisation zu stärken — zum Wohle des Bergarbeiterstandes!

Gottlieb Schulz.

Das britische Kohlengesetz und die internationalen Ausichten.

Als gegen Ende des letzten Jahres das Kohlenproblem in England zur Sprache stand und das von der Arbeiterregierung unterbreitete Kohlengesetz auf starke Opposition stieß, befürchtete man allgemein, daß das Gesetz vielleicht nicht angenommen werden und damit eine wichtige Voraussetzung für die Reorganisation der europäischen Kohlenindustrie in Wegfall kommen könnte. Besonders besorgt war man in dieser Hinsicht auf dem Kontinent. Denn der Beobachter auf dem Kontinent hatte sich in erster Linie die Frage zu stellen: inwieweit werden die Maßnahmen in Großbritannien einer internationalen Koordinierung der Kohlenwirtschaft zugute kommen? Er dachte in diesem Zusammenhang an die straffe Organisation der Kohlenindustrie gewisser Länder des Kontinents, die Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamts zugunsten der schwerkranken Kohlenindustrie, die vereinzelt — über die Grenzen eines Landes hinausgehenden — Marktregelungsversuche gewisser Unternehmerkreise usw.

Das englische Gesetz wurde inzwischen in den Schmelztiegel der Kommissionsberatungen geworfen. Die Aufmerksamkeit wurde auf Genf abgelenkt, wo vom 6. bis 18. Januar 1930 eine vorbereitende Kohlenkonferenz tagte, die sich mit der Regelung der Arbeitszeit im Bergbau, dem Lohnproblem und der einheitlicheren Gestaltung der allgemeinen Arbeitsbedingungen zu befassen hatte.

Bekanntlich waren die Resultate dieser Konferenz in hohem Maße unbefriedigend. Die Unternehmer legten einen ganz besonders schlechten Willen an den Tag, und die Arbeitervertreter hatten alle Mühe, wenigstens die Behandlung der Arbeitszeitfrage auf der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz sicherzustellen. Was die Frage der Angleichung der Löhne und der Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen betrifft, so wurde ihre Behandlung einfach vertagt.

Damit war wieder einmal erwiesen, daß die Unternehmer an den von Land zu Land wechselnden Arbeitsbedingungen, die sie sonst immer als Hinderungsgrund für die bessere Behandlung ihrer eigenen Belegschaften anführen, ein direktes Interesse haben. Diese Verschiedenheiten in Löhnen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen sind eine wichtige Voraussetzung ihrer auf glückliche und unglückliche Zufälle aufgebauten Wirtschaftsführung.

Der ungünstige Ausgang der Verhandlungen in Genf gab dem Voss des britischen Kohlengesetzes erneute Bedeutung, um so mehr, als sich der britische Handelsminister Graham nicht nur auf die vorwiegend sozialpolitischen Ausgleiche der Genfer Besprechungen verließ, sondern auch die direkten Verhandlungen von Land zu Land in seine Rechnung setzte. In diesem Zusammenhang machte er schon Ende des letzten Jahres nachfolgende Ausführungen: „Wie haben sich in Europa die direkten

Diskussionen über die Marktfrage gestaltet? Polen wußte sich auf dem Markt der skandinavischen Länder sehr große Vorteile zu verschaffen, und zwar hauptsächlich auf Kosten Großbritanniens. Deutschland erzielte Erfolge in anderer Richtung. Erst kürzlich fanden Besprechungen zwischen den Kohlenproduzenten der sogenannten fünf Grafschaften Englands und den polnischen und deutschen Bergherren statt. Es gibt Vorschläge über die Aufteilung des europäischen Marktes, die jedoch nur von wenigen Kohlenproduzenten Europas angenommen werden können. Andere Vorschläge betreffen Preisabereinkommen, die es verhindern sollen, daß gewisse Länder einander in mördlicher Konkurrenz unterbieten. Welches sind die Schwierigkeiten, die sich auf diesem Wege ergeben? Schaut man nach Polen und Deutschland, so sieht man, daß ein großer Teil des Exports konzentriert ist. In Großbritannien aber ist er zerstückelt. Es ist offenkundig, daß wir wenig Aussicht auf eine angemessene Berücksichtigung bei internationalen Abereinkommen haben, solange wir nicht irgendeine Organisation schaffen, die es uns erlaubt, der deutschen, polnischen, französischen oder sonstigen Kohle des Kontinents eine einheitliche Linie gegenüberzustellen.“

Diesem Zwecke sollte u. a. das britische Kohlengesetz dienen, und deshalb konzentrierte sich bei seiner Behandlung das Interesse speziell auch auf seine Bestimmungen über die Regelung der Produktion, die Kontrolle der Preise und die eventuelle Erzielung von Exportprämien durch Erhebung einer Abgabe auf die Gesamtproduktion. (Die letztere Maßnahme ist von der britischen Regierung vorwiegend als Druckmittel zugunsten der Abschaffung der in einigen europäischen Ländern üblichen Subvention der Kohlenindustrie seitens der Regierung gedacht.)

Schon bei der Behandlung des Gesetzes in der nach der ersten Lesung eingesetzten Parlamentskommission zeigte es sich, daß Lloyd George beabsichtigte, gerade die für die nationale und internationale Reorganisation der Kohlenindustrie wichtige Frage der Regelung der Produktion, d. h. der Festsetzung von angemessenen Produktionsquoten für die einzelnen Kohlenbezirke, für die Arbeiterregierung zu einem Fallstrick zu machen. Das Resultat dieses Wanders ist bekannt. Es hatte zur Folge, daß vier liberale Abgeordnete im entscheidenden Augenblick gegen den auf Ausschaltung der Produktionsregelung gerichteten Zusatzantrag der Liberalen stimmten und sich zudem acht Liberale der Stimme enthielten. Das Gesetz war damit gerettet.

Wie bedeutungsvoll dieser Sieg ist, besonders auch im Hinblick auf die internationale Behandlung dieser Frage, zeigt die von Graham unmittelbar vor der Abstimmung gehaltene Rede, über die der „Daily Herald“ wie folgt berichtet:

„Durch die Annahme des Zusatzantrages der Liberalen wäre das Wort „Produktion“ ausgeschaltet und somit Teil

des Gesetzes auf die Regelung des Marktes beschränkt worden. Der Plan, demzufolge die Grubenbesitzer nach einem einheitlichen Schlüssel die auf die einzelnen Gruben entfallenden Produktionsquoten zu bestimmen haben, wäre damit vernichtet worden. Unmittelbar vor der Abstimmung machte Graham in ersten Ausführungen das Parlament darauf aufmerksam, daß die Annahme des Zusatzantrages der Liberalen den Tod des Gesetzes bedeuten, seine lange Arbeit der Verhandlungen zunichte machen und katastrophale wirtschaftliche Folgen haben würde: „Teil I kann nur in Zusammenarbeit mit den Bergherren in die Praxis umgesetzt werden. Auch der Bergarbeiterverband, dem ich bei dieser Gelegenheit höchstes Lob zolle, stimmt dem zu. Wenn die Regelung der Produktion unmöglich gemacht wird, so kann kein System der Preisregelung eingeführt und keine Vorkehrung gegen jene schwachen Verkäufer getroffen werden, die mit ihrer Preispolitik den ganzen Plan unterminieren könnten. Wird das Gesetz in diesem Punkte verstimmt, so können die Unternehmer nichts mehr zur Lösung des Kohlenproblems beitragen. Sind jedoch die Unternehmer auf freiwillige Anstrengungen angewiesen, so wird ohne allen Zweifel die Produktion zurückgehen und die Preise ab Grube werden um einen bis zwei Schilling steigen. In nächster Zeit müssen Lohnabereinkommen abgeschlossen werden. Wenn den Unternehmern die Möglichkeit der vom Gesetz vorgesehenen Organisation genommen wird, muß die Regierung die Verantwortung für alle Folgen abheben. Das für die fünf Grafschaften abgeschlossene Abereinkommen hat alle Unternehmer stark beeinflusst, so daß in den meisten Distrikten bereits ähnliche Pläne vorliegen und auf den Rat der Herbeiführung eines Einvernehmens mit den deutschen und polnischen Gesellschaften gehört wird. Wenn Teil I jedoch fällt, so ist ein einheitliches europäisches Vorgehen unmöglich und die Preise müssen, falls sich unser Exporthandel erholen soll, noch mehr zurückgehen. Wir müssen auf dem europäischen Markt mit europäischen oder Weltpreisen konkurrieren; und wenn wir dies nicht tun können, so wird das Urteil über einen beträchtlichen Teil unserer Gruben gesprochen sein.“ Zum Schluß wiederholte Graham seine Warnungen und fügte in ernststen Ausführungen bei, daß das Land bei einer eventuellen Verstimmlung des Gesetzes zur Milderung von Elend und Zerkleinerung Millionen mehr bezahlen müsse, als die Durchführung des Gesetzes vielleicht kostet.“ (I.G.B.)

Von den Saarverhandlungen.

Privatkapitalistische Quertreibereien?

Der „Vorwärts“ läßt sich unterm 19. März aus Paris über französische Wünsche bezüglich der Saargrubenverhandlungen berichten. Die Saargruben sollten „nach den Wünschen der französischen Regierung nicht mehr in Besitz des preußischen Fiskus zurückkehren, sondern unter Beteiligung der deutschen und französischen Privatindustrie in einen deutsch-französischen Gemeinschaftsbetrieb umgewandelt werden. Nach den letzten Vorschlägen der französischen Delegation soll daran der deutsche und der französische Staat und die deutsche und die französische Privatindustrie zu je einem Viertel beteiligt werden.“

Obwohl die deutsche Delegation dieses Projekt als völlig undiskutierbar ablehnt, hält die französische Regierung mit zäher Hartnäckigkeit daran fest. Ihre Unnachgiebigkeit, die seit Monaten die Verhandlungen völlig zum Stocken brachte, dürfte ihren Grund nicht zuletzt darin haben, daß man in Frankreich sehr genau weiß, daß die Wünsche der deutschen Schwerindustrie, die seit langem alle Hebel in Bewegung setzt, um die Saargruben aus dem Besitz des Staates in ihre Hand zu bringen, mit den französischen Vorschlägen parallel gehen und man mit ihrer Hilfe den Widerstand der deutschen Delegation brechen zu können glaubt.

Wie der Korrespondent des „Soz. Pressedienst“ von gut unterrichteter französischer Seite erfahren hat, soll Arnold Reckberg neuerdings in Paris im Namen der deutschen Industrie einen von den zuständigen französischen Stellen bereits als Diskussionsbasis angenommenen Kompromißvorschlag unterbreitet haben, der die Besitzverhältnisse der Saargruben wie folgt regeln soll: von den Anteilen der zu bildenden Gesellschaft sollen die deutsche, ein Drittel die französische Privatwirtschaft, das letzte Drittel der preußische Fiskus erhalten. Die deutsche Industrie scheint also auch in der Saarfrage wieder einmal gegen die zuständigen Reichsstellen und, unbekümmert um das Interesse der Saar und der deutschen Volksgesamtheit, für die eigene Tasche zu arbeiten.“

An diesen Mitteilungen scheint uns nicht richtig, daß die französische Regierung oder ihre Vertreter noch an dem Plan eines Gemeinschaftswerkes im Saargebiet festhalten. Zu Beginn der Verhandlungen ist dieser Plan französischerseits zur Debatte gestellt worden. Im Auftrag der Reichsregierung und mit voller Zustimmung der preußischen Regierung ist dieser Plan von der deutschen Delegation glatt abgelehnt worden. Bei den folgenden Verhandlungen ist dann französischerseits auf diesen Plan auch nicht zurückgegriffen worden. Daß neuerdings wieder ähnliche Forderungen offiziell von französischer Seite gestellt werden sollten, erscheint uns auch schwer glaubhaft. Der deutsche Reichskanzler im Namen der Reichsregierung, der preußische Ministerpräsident im Namen der preußischen Regierung haben solchen Vorschlägen eine so deutliche Abfuhr erteilt, daß an eine neue Debatte darüber deutscherseits überhaupt nicht gedacht werden kann.

Soviel wir wissen, konzentriert sich seitdem das Bestreben der französischen Vertreter in der Grubenfrage auf die deutsche Anerkennung der Pachtrträge im Warndtgebiet. Infolge dieser Trträge wird von der französischen Gesellschaft „Sarre et Moselle“ im Pachtfeld Carlsbrunn und von der Firma de Wendel im Pachtfeld Groß-Roffeln

Saarkohle unter der Grenze hinweg abgebaut und auf französischer Seite zu Tage gefördert.

Die Zustimmung der Saarregierung zu diesen Pachtrträgen mag formell berechtigt gewesen sein, der Aufgabe des Völkerbundes, wirklich neutraler Treuhänder zu sein, entspricht sie nicht. Deutscherseits liegt gar keine Veranlassung vor, hier französisch-industriellen Wünschen besonders entgegenzukommen, da dies mit den wirtschaftlichen Interessen des Saargebiets und Deutschlands nicht vereinbar ist.

Wir hoffen, daß die deutsche Delegation diesen Standpunkt, den die gesamte Saarbevölkerung teilt, festhält. Angesichts der Geheimnisträmerie um die Saarverhandlungen, die immer wieder zu wilden Gerüchten führt, wird bei Beratung der von den Vertretern unseres Verbandes veranlaßten

sozialdemokratischen Interpellation über die Saarverhandlungen

im Reichstag ein deutliches Wort zu sagen sein über den Privatdiplomaten Reckberg und andere Privatinteressenten, die sich in einer geradezu landesverräterisch anmutenden Weise in die Verhandlungen einzumischen versuchen.“

Die Internationale Industriehau in Leipzig.

Jeder aufmerksame Besucher der Leipziger Frühjahrsmesse befragt in Leipzig mit einer solchen Fülle von Eindrücken den Zug, daß er erst eine geraume Zeit braucht, um sich wieder im Alltagsleben zurechtzufinden. Es ist in der Tat ein großes Wunder, welches dem Besucher in Leipzig gezeigt wird. Namentlich die Technische Messe ist eine grandiose Erscheinung, wie sie in dieser Art nirgends in der Welt zu sehen ist. Gewaltige Menschenmassen kommen auf einige Tage in Leipzig zusammen und bilden mit der heimischen Bevölkerung jenen großen Trübel, der die Sinne jedes Einzelnen zu verwirren in der Lage ist. Die Mustermesse in Leipzig ist also eine Angelegenheit nicht nur dieser Stadt, sondern der gesamten deutschen Wirtschaft. Deshalb verfolgt auch die Arbeiterschaft seit Jahren diese große Warenschau mit steigendem Interesse.

Die Zahl der Aussteller der diesjährigen Frühjahrsmesse beträgt rund 9600. Sie ist gegenüber dem Vorjahr um etwa 5 bis 10 Prozent zurückgegangen. Dagegen hat die belegte Ausstellungsfläche von 191 500 qm den alten Umfang der letztjährigen Frühjahrsmesse beibehalten. Die deutschen Aussteller haben sich vermindert. Alle Gegenden des Reiches sind in Leipzig mit Warenmustern, Maschinen und Ausstellungsgegenständen vertreten. Berlin, Mitteldeutschland, davon insbesondere Sachsen, und der industrielle Westen stellen die meisten Vertreter.

Mehr und mehr benutzt aber das Ausland die große Leipziger Messe, um ihre Waren einem internationalen Publikum vorzuführen. In diesem Jahre waren nicht weniger als fünf und zwanzig Staaten mit insgesamt 1250 Firmen als Aussteller vertreten. Einige Staaten, wie die Tschechoslowakei, Desterreich, die Schweiz, Rußland, Chile, haben eigene Messehäuser oder eigene Pavillons auf der Technischen Messe. Wie selbst junge Staaten konkurrenzfähig zu werden trachten, zeigten die Ausstellungsräume der Polen. Man mußte in der Tat staunen, welche industrielle Entwicklung derartige Länder in der kurzen Zeit ihres Bestehens gemacht haben. Daß Chile, China, Japan und Indien nach Leipzig kommen und hier ihre heimatischen Erzeugnisse zur Schau stellen, beweist, daß Leipzig als ein internationaler Warenmarkt von allen Ländern betrachtet wird. Die Zahl der Einkäufer aus dem Ausland ist noch nie so groß gewesen wie in diesem Jahr. Eine Ausnahme davon bildet die Inflation. Wenn man das Gesamtergebnis der diesjährigen Frühjahrsmesse als leidlich gut bezeichnen kann, so ist dies in der Hauptsache auf die ausländischen Einkäufer zurückzuführen.

Es ist naturgemäß schwer, in einem Artikel ein solches Wunderwerk, wie es die Leipziger Messe darstellt, zu beschreiben. Es wäre an sich reizvoll, die 40 Messepaläste im Innern der Stadt und vor allem die große Technische Messe in ihrer Fülle zu schildern. Aber das könnte nur ein lüdenhaftes Bild sein. Wir wollen uns deshalb mit einer Gesamtübersicht begnügen.

Die großen neuzeitigen Messehäuser im Innern der Stadt Leipzig waren von oben bis unten besetzt. Die geschäftlichen Ergebnisse waren naturgemäß sehr unterschiedlich. Ein Fabrikant konnte uns erzählen, daß er Aufträge bekommen hatte, die seinem Unternehmen auf ein halbes Jahr Beschäftigung geben. Andere Firmen wieder hatten so geringe Aufträge herannehmen können, daß kaum die Ausstellungskosten gedeckt waren. Zwischen diesen beiden Extremen lagen nun die Ergebnisse einzelner Firmen und Branchen. Die Leipziger Messe bildet den Untergrund für einen Aufsturm auf die Preisgestaltung. Die Einkäufer verhalten sich immer wieder, die Preise der ausgestellten Waren zu drücken. Wohl oder übel mußten teilweise Verlustgeschäfte abgeschlossen werden. Im großen und ganzen ist das Geschäft aber nicht so schlecht gewesen, als man es angesichts der großen Wirtschaftskrise erwarten durfte. Keine Firma wird mit hochgespannten Erwartungen nach Leipzig gekommen sein. Wenn in einem Land wie Deutschland ein Drittel aller Arbeiter nicht den vollen Tariflohn hat oder von deren Unterhaltungen leben muß, dann bedeutet dies einen so gewaltigen Kaufkraftausfall, daß sowohl jedes

Einzelunternehmen wie die Geschäftswelt insgesamt auf einem solchen Fundament kein großes Geschäft aufbauen kann. Und wenn in einigen Branchen gute Umsätze erzielt wurden, so lag dies entweder daran, daß die Preise bis zum Neuesten kalkuliert waren, wichtige Neuerungen geboten wurden oder das kauftüchtigere Ausland den Ausschlag gab. In Leipzig gab es Abteilungen, wie beispielsweise die Radioindustrie, wo leistungsfähige Geräte in günstigen Preislagen zu 90 Prozent von den Ausländern abgenommen wurden. Aus alledem sollte die deutsche Industrie die Lehre ziehen, daß sie in ihrer Preisgestaltung bis zum Neuesten zu gehen hat. Die Zeiten sind vorbei, wo an jedem einzelnen Artikel große Verdienste zu erzielen sind.

Die Technische Messe ist ein einzigartiges Gebilde. Es gibt keine Stelle und keine Gelegenheit, den Fortschritt der Technik von Jahr zu Jahr so eingehend zu studieren, wie hier. In dem Maße, das jeder Besucher hier empfängt, spürt man den Pulsschlag emsiger Hand- und Kopfarbeit. Der Ausländer, der das Gelände am Völkerschlachtdenkmal betritt, wird den lebenshaften Optimismus bewundern, der hier, wenn auch nur scheinbar, in Erscheinung tritt. Die großen Hallen, wo die Maschinen surren, böien jedem Besucher einen Beweis, daß die deutsche Industrie mit gutem Erfolg Spitzenleistungen zu bieten vermag. Die alleinseligmachende Fließ- und Bandarbeit, die aus Amerika herüberkam, bildet nicht mehr die Voraussetzung zum Vorwärtstreiben. Qualitätsleistungen, Neukonstruktionen, arbeitssparende Maschinen und Apparate — das ist es, was am meisten anzog. Die Mittel zur Mechanisierung der Handarbeit und raffiniert ausgestattete Automatisierung der Maschinenarbeit waren mit erstaunlichen Leistungen und verbilligten, müssen als die große Parole der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse bezeichnet werden. Doch halten wir immer fest, daß jede technisch verbesserte Werkzeugmaschine Menschenhände überflüssig macht. Eine solche Entwicklung hat große Gefahren in sich. Man beachte: Millionen Arbeiterhände verlangen nach Beschäftigung und hier sehen wir, wie der Menschengeist mit Erfolg immer wieder neue Methoden hervorbringt, um menschliche Arbeitskräfte überflüssig zu machen. Das führt entweder zu einer großen Katastrophe oder die Waren erfahren eine derartige Verbilligung, daß der Absatz riesenhaft gesteigert und die Produktion somit erweitert wird. Die Frage der Arbeitszeit spielt hierbei eindringlich hinein. Sollen die Arbeiter etwa in wesentlich geringerer Zahl acht und mehr Stunden arbeiten, wenn die Leistungssteigerung des einzelnen um ein Vielfaches erhöht wird? Mit nichten! Die Verkürzung der Arbeitszeit muß mit diesen Entwicklungstendenzen einhergehen. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, diese Dinge im Auge zu behalten.

Die Leipziger Messe hat ihren Ruf als Exportmarkt ausgezeichnet bewiesen. Die Propaganda des Leipziger Messeamtes im In- und Ausland ist von großem Erfolg gewesen. Gewiß bildet der Inlandsmarkt nach wie vor die Basis des Wirtschaftslebens, den zu pflegen und zu erhalten die deutsche Industrie allen Grund hat, aber daneben muß ein so menschenreiches Industrieland wie das unsrige bemüht sein, den Weltmarkt zu beliefern, namentlich wenn alljährlich 2000 Millionen Mark an Reparationsleistungen ohne Gegenwert über die Grenze gehen. Jede Steigerung des Exports vermindert die deutsche Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grunde verdient die Leipziger Messe die vollste Unterstützung aller Stellen, denen das Schicksal der Wirtschaft anvertraut ist.

Zweifellos wird die Leipziger Messe auf die Entwicklung der Konjunktur nicht ohne Einfluß sein. Bekanntlich arbeitet sowohl der Großhandel als auch der Kleinhandel ohne nennenswerte Lagerbestände. Die in Leipzig hereingenommenen Bestellungen werden dem Arbeitsmarkt immerhin eine gute Stütze geben. Die Auswirkungen der Frühjahrsmesse werden erst nach Wochen vollständig zu übersehen sein. Da sie eine leidliche Mittelmesse war, wird sie das deutsche Wirtschaftsleben zweifellos befruchten.

könne also nicht gewährt werden, weil Invalidität sowohl im Sinne des Reichs-Knappschaftsgesetzes wie auch der Reichsversicherungsordnung noch nicht vorliege.

M. war jedoch nicht in der Lage, seine Arbeit wieder aufnehmen zu können und legte gegen die Bescheide der Knappschaft das Rechtsmittel der Berufung ein. Im Termin am Knappschafts-Oberversicherungsamt beantragte der Vertreter unseres Verbandes, dem M. als Mitglied angehörte, eine nochmalige ärztliche Untersuchung nach § 1681 durch einen vom Kläger zu bestimmenden Arzt. Das Knappschafts-Oberversicherungsamt gab diesem Antrage statt unter der Bedingung, daß innerhalb vierzehn Tagen ein bestimmter Vorbehalt an das Oberversicherungsamt eingeschandt würde. Der Vorbehalt wurde in diesem Falle vom Verbandsvertreter eingeschandt. Die Untersuchung bei dem von M. benannten Arzte wurde vorgenommen. Diese Untersuchung war für M. erfolgreich.

Der Arzt kam im Gutachten zu der Feststellung, daß M. zu 70 Prozent erwerbsunfähig sei, also im Sinne der Reichsversicherungsordnung als Invalide angesehen werden müsse. Das Knappschafts-Oberversicherungsamt gab nunmehr der Knappschaft den Rat, dem M. die Rente zu zahlen, es brauche dann ein weiterer Termin am Knappschafts-Oberversicherungsamt nicht mehr stattfinden. Die Knappschaft schloß sich nunmehr der Ansicht des Knappschafts-Oberversicherungsamts an, erkannte die Reichsinvalidität des M. ab 1. Dezember 1928 an und bewilligte die Knappschaftspension ab 1. Mai 1929.

M. erhielt also in diesem Falle die Reichsrente für 13 Monate nachgezahlt, die Knappschaftsrente für ein halbes Jahr, so daß M. über 800 M. Nachzahlung erhielt. Aus solchen Fällen, welche natürlich nicht vereinzelt dastehen, sollten die Bergarbeiter lernen, was die Organisation für sie bedeutet, denn der Arbeiter M. würde bestimmt die Rente nicht bekommen haben, wenn ihm die Organisation nicht zur Seite gestanden hätte.

Süddeutschland.

Folgen des Einmannsystems.

Auf der Braunkohlengrube des Oberpfalz-Krafterkes in Pontholz ereignete sich im Tiefbaubetrieb am 30. Januar ein Unfall mit tödlichem Ausgang. Schon längst betrachten wir mit Sorge die Entwicklung der Unfallziffer auf diesem Werk. Im Vorjahre waren von 6828 Krankeierträgen 2331 auf Unfälle zurückzuführen. Das sind rund 34 Prozent.

Die Grube arbeitet nach dem sogenannten Einmannsystem, d. h. sie läßt einzelne Leute in Strecken auf Vortrieb und selbst im Abbau allein arbeiten. Kann diese Arbeitsweise verantwortet werden? Der Berufungskämmerer Seebauer ist zweifellos diesem System zum Opfer gefallen.

Seebauer arbeitete, obwohl erst Lehrhauer und erst seit zwei Jahren im Bergbau tätig, allein in einer Strecke im Vortrieb. Er verrichtete Hauer- und Schlepperarbeiten zugleich. Beim Durchschlagen der Strecke auf den alten Bau löste sich ein mächtiger Block vom Hangenden und begrub ihn. Der Unfall wurde nicht bemerkt. Erst als es auffiel, daß von dieser Strecke keine Wagen mehr angefordert wurden, sah man nach und entdeckte das Unglück. Niemand weiß, ob Seebauer gleich tödlich verunglückte oder erst unter der einfallenden Kohle erstickte.

Unseres Erachtens ist das ein unhaltbarer Zustand, ein unhaltbares Arbeitssystem, das ermöglicht, daß ein Arbeiter unter einfallender Kohle lebendig begraben wird und ihm niemand Hilfe bringen kann, weil niemand den tödbringenden Einsturz bemerkt.

Die Grube arbeitet auf Bruchbau. Wenn nun auch zuzugeben ist, daß im allgemeinen der Streckenvortrieb im Braunkohlengrubenbau ungefährlich ist, wird es aber in dem Augenblick, in dem die Strecke durchschlägt auf den alten Bau wird, gefährlich, weil hier die Gebirgsverhältnisse brüchig sind. Das mußte auch die Betriebsleitung wissen. Sie durfte es daher unter keinen Umständen zulassen, daß hier ein Mann allein arbeitet, am allerwenigsten ein so junger Bergmann wie Seebauer es war. Sie mußte unter allen Umständen immer zwei Arbeiter dort arbeiten oder das Ort ständig beaufsichtigen und abhören lassen. Nichts ist geschehen. Der Arbeiter Seebauer wurde begraben und blieb ohne Hilfe. Ein solcher Zustand ist unhaltbar. Entweder hinweg mit dem ganzen Arbeitssystem oder zumindest höchste Vorsicht und Aufsicht! Nicht hohe Förderleistungen, sondern Sicherheit und Vermeidung von Unfällen muß oberstes Prinzip sein. Diese Mahnung möchten wir nicht nur an die Betriebsleitung, sondern auch an die Berginspektion in Amberg richten, die sich unseres Erachtens zu wenig über die Gefährlichkeit dieser Arbeitsweise unterrichtet hat. Ihre erste Aufgabe sieht sie wohl nur darin, dem Ortsältesten die Verantwortung aufzubinden. Wohlverstanden: dem Ortsältesten, der gar nicht an dem Ort arbeitet, sondern in einer Entfernung von 80 Meter sein eigenes Ort bearbeitet.

Es ist eine untragbare Zumutung, von einem Hauer die eigene Förderleitung und die Beaufsichtigung zweier Orte zu verlangen. Hier tun radikale Maßnahmen not: entweder völlige Abkehr von diesem Arbeitssystem oder weitestgehende Sicherheitsmaßnahmen vor den einzelnen Orten.

Mitteldeutschland.

Arbeiterentlassungen im Wintershallkonzern.

Auf den Werken des Wintershallkonzerns am Südharz sind ganz plötzlich umfangreiche Entlassungen vorgenommen worden. Auf vier Werken sind etwa 400 Entlassungen erfolgt. Die diesbezüglichen Anweisungen von der Zentralverwaltung in Kassel an die einzelnen Werke Glückauf-Sondershausen 1-5, Bismarckshall und Bernterode kamen nach Angaben der Betriebsleitungen so plötzlich, daß keine Zeit mehr übrig blieb, den Betriebsräten rechtzeitig vorher Mitteilung zu machen. An dem Tage, wo die Betriebsleitungen die Entlassungsbefehle von Kassel erhielten, kamen die Werksvertreter mit fertigen Entlassungslisten in die von ihnen angelegten Betriebsratskammern. Am gleichen Tage wurden aber auch die Kündigungen schriftlich verandt. Die Eile, mit der hier etwa 400 Mann der Belegschaft einem ungewissen Schicksal preisgegeben werden, muß verdächtig wirken. Das Betriebsrätegesetz (§ 74) existiert für die Kaligewaltigen nicht, ebenso wie die Bestimmungen über Betriebseinschränkungen. Der Umstand allein, daß einige Werke angeblich Fabrikatjale nicht in genügender Menge absetzen könnten, begründet nicht allein die Eile, die bei den Entlassungen an den Tag gelegt wurde, ganz abgesehen davon, daß die Betriebsräte ja keinen Ueberblick haben, ob auf allen Werken des Konzerns Absatzmangel an Fabrikatjalen vorhanden ist. In der Zeit, wo man sonst Hochkonjunktur hat, kann nicht anerkannt werden, daß die Entlassungen, wenn überhaupt, in diesem Umfang notwendig sind. Oder sollten nicht doch auch spekulative Gesichtspunkte eine Rolle darin spielen? Die Aktien der Kaliindustriewerke sind an den Börsen sehr hoch. Das zeugt doch mindestens davon, daß die wirtschaftliche Lage der Werke sehr gut ist.

Ob die Entlassungen auch zu Einschränkungen der Produktion führen, wollen wir abwarten. Jedenfalls wird man versuchen, eine weitere Steigerung des Arbeitstempos zu erzielen, um das Letzte aus dem Kumpel herauszuholen.

Es gilt deshalb, zu rüsten, den Verband zu stärken und ihn einzustellen auf die Kämpfe, die zu erwarten sind, wenn erneut über die Verteilung des Arbeitsertrages mit den Unternehmern gesprochen werden muß. Deshalb organisiert euch, Kattarbeiter, im Bergbauindustriearbeiterverband!

Sachsen.

Explosionsunglück in Delsnig.

Am 17. Februar ereignete sich auf Grube Vereinsglück eine Schlagwetterexplosion, wodurch sechs Bergarbeiter Brandwunden erlitten. Drei davon erlitten schwere Verletzungen. Die drei Schwerverletzten — Kellner aus Oberwürschütz, Schönher aus Neudörsnig sowie der Sohn des Kameraden Kellner — sind ihren Verletzungen erlegen. Die anderen drei sind glimpflicher davon gekommen. Der eine davon hat sein Leben nur dem Umstand zu danken, daß er dicht hinter seinem Kameraden Keller jun. gestanden hatte. Die Schlagwetterexplosion entstand dadurch, daß in einem noch im Aufstehen begriffenen Ueberbau (zur Zeit 33 Meter hoch) sich nach dem Abtun mehrerer Schüsse Schlagwetter entwickelt hatten. Die Ursache soll nach der amtlichen Untersuchung in einer in der Nähe hängenden großen elektrischen Kabellampe zu suchen sein. Diese Lampe ist durch Herabfallen von einem Stück Gestein zertrümmert worden, wobei jedenfalls Kurzschluß erfolgte, der die vorhandenen Schlagwetter zur Entzündung brachte. Der Werksleitung mußte bekannt sein, daß dort schon seit längerer Zeit sich Schlagwetter sammelten. War es nun im Interesse der Sicherheit geboren, daß auch noch weiterhin diese Kabellampe benutzt werden durfte, da doch die Gefahr der Zertrümmerung dieser Lampe bestand und damit die Explosionsgefahr vergrößert wurde?

Wie stellt sich das Bergamt hierzu? Die Unfallkommission vom Grubenversicherungsamt hat das Wort!

Ruhrrevier.

Ergebnis der Betriebsrätewahl auf Zeche Dahlbusch.

Am 11. und 12. März fand auf benannter Schachtanlage die Betriebsrätewahl statt. Es haben erhalten: Freie Gewerkschaft 1062, Christliche 766, „Opposition“ 364, Gelbe 95, FFV 79 Stimmen.

Bezirk Köln.

Einspruch bei Kündigung.

Bergarbeiter, wahrt die Einspruchsfrist bei Kündigungen durch den Unternehmer nach § 84 des Betriebsrätegesetzes!

Folgender Fall beweist die Notwendigkeit des Einspruchs: Auf der Grube Wachtberg in Frechen beabsichtigte die Grubenverwaltung, 40 Arbeitern zu kündigen. Der Betriebsleiter teilte dem Vorsitzenden des Betriebsrats diese Absicht mit, ebenfalls unter welchen Umständen bei den in Frage kommenden Arbeitern die Kündigung erfolgen solle, ohne jedoch den Vorsitzenden zur Einberufung einer Arbeiterratsitzung zu veranlassen, in welcher die Kündigungen besprochen werden mußten.

Von den 40 zur Kündigung gelangten Arbeitern erhoben zwei Einspruch. Der Arbeiterrat stellte sich in diesem Falle auf den Standpunkt, daß eine unbillige Härte vorliege; er verlangte von der Verwaltung Wiedereinstellung der beiden Arbeiter, was die Verwaltung natürlich ablehnte.

Die beiden Arbeiter strengten Klage an beim Arbeitsgericht in Köln. Vor Gericht wurde nun nachgewiesen, daß die Verwaltung noch im Frühjahr 1929 Arbeiter eingestellt habe, die beiden zur Entlassung gekommenen Arbeiter bereits seit 1927 auf genanntem Werke in Arbeit standen, aber den zuletzt eingestellten Arbeitern nicht gekündigt wurde. Zwecks Nachprüfung der Angabe wurde der Termin vertagt, nachdem der Vorsitzende vergeblich versucht hatte, eine Einigung herbeizuführen zunächst dahingehend, die beiden Arbeiter wieder einzustellen oder für die Arbeiter eine Entschädigung von 550 bzw. 530 M. zu zahlen.

Im nächsten Termin am Arbeitsgericht stellte der Verbandsvertreter zunächst fest, daß, wenn die Verwaltung bei der Kündigung der Arbeiter nicht unterlassen hätte, sich mit dem Arbeiterrat über die Personenfrage zu verständigen, die jetzige Klage überflüssig geworden wäre. Die Verwaltung glaubte jedoch, ohne den Arbeiterrat handeln zu können.

Das Arbeitsgericht entschied in diesem Falle die Wiedereinstellung der beiden Arbeiter, dem auch die Verwaltung nachgegeben ist. Auch mußten die ausgefallenen Schichten entschädigt werden.

Der Kampf um die Rente.

Der Arbeiter M. aus Berrenrath war körperlich so weit heruntergekommen, daß er die Knappschafts- und Reichsrente beantragen mußte. Die Knappschaft, welche die Sache zu prüfen hat, veranlaßte ärztliche Untersuchung des M. bei einem Arzte in Köln und in der Klinik in Bonn. Beide Gutachten wurden dahingehend abgegeben, daß bei M. im höchsten Falle eine Erwerbsminderung von 20 bis 30 Prozent vorliege. Die Rente

Jahrestreffen des Verbandes.

Bezirk Zwickau.

Die Jahreshauptversammlung für den Bezirk Zwickau fand am 23. Februar in der „Düren Henne“ in Albersoda statt. Unter den Gästen befand sich auch unser früherer Verbandsvorsitzender Herrmann Sachse.

Kamerad Weber gab zunächst in seinem Geschäftsbericht einen Überblick über die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit. Er führte ungefähr folgendes aus:

Gleich zu Beginn des Geschäftsjahres kündigten die Arbeitgeber alle laufenden Verträge, um auf allen Gebieten des Tarifrechtes Verschlechterungen herbeizuführen. Die Verhandlungen über die Erneuerung der Tarifverträge zogen sich fast bis zum Ende des Berichtsjahres hin. Zunächst wurde für die aktiven Arbeiter ein neuer Tarifvertrag geschlossen, der am 1. August in Kraft trat. Bei den Verhandlungen ist es uns gelungen, die Angriffe der Arbeitgeber auf die bisherigen Rechte der Bergarbeiter erfolgreich abzuwehren. Darüber hinaus haben wir auf mancherlei Gebieten noch Verbesserungen erreicht. Es sei nur an die Regelung des Urlaubs bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses und an den Abzug für Bezüge und Beleuchte erinnert. Die ebenfalls geforderten Richtlinien über die Lieferung von Hausbrandholz für Invaliden und Witwen wurden nach langen Verhandlungen durch einen Tarifvertrag ersetzt. Damit ist für die Lieferung von Deputatholz ein klagbarer Anspruch geschaffen worden, der den alten ausgedienten Kameraden ihre Deputatholz unabhängig von dem Willen einzelner Werksbeamte sichert.

Auf lohnpolitischem Gebiet haben wir ebenfalls im Wege einer freiwilligen Vereinbarung vor dem Schlichter eine wenn auch geringe Lohnerhöhung erzielt. Die Lohnerhöhung hält sich aber in dem Rahmen derjenigen, die für andere Berufe durch Schiedsgericht festgesetzt wurden. Die Grundlöhne wurden um zwei Prozent erhöht, zu denen allerdings noch die Auswirkungen der „Veg Brünung“ hinzukommen.

Der von uns gewährte Rechtsschutz hat sich im Berichtsjahre ebenfalls erweitert. Das Urteil des Reichsarbeitsgerichts hat die Anerkennung der Urlaubsgütung bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses gebracht. Ein großer Teil unserer alten Kameraden hat dadurch noch einmal Urlaubsgeld bekommen, was ohne die Arbeit der Organisation verloren gewesen wäre.

Auch für den gesamten sächsischen Erzbergbau sind im Berichtsjahr Lohnbewegungen mit Erfolg durchgeführt worden. Am Ende des Berichtsjahres wurde die Zwitterstok-N.-G. in Altenberg stillgelegt. Weitere Stilllegungen im Erzbergbau stehen bevor.

Die Mitgliederbewegung ist trotz der starken Fluktuation im Berichtsjahre stabil geblieben, wir haben sogar einen Zuwachs von rund 500 Mitgliedern zu verzeichnen. Aus dem Kassensbericht des Kameraden Henrich ging hervor, daß sich der Bezirk auch in dieser Beziehung gehalten hat. Trotz umfangreicher Bildungsarbeit haben wir noch einen Vermögenszuwachs zu verzeichnen.

Nach Erledigung verschiedener Anfragen konnte der Bezirksleiter mit Dankworten für die geleistete Arbeit die Jahresversammlung schließen.

Geschäftsstelle Gießen.

Am 23. Februar versammelten sich etwa 130 Verbandsfunktionäre der Geschäftsstelle Gießen im Gießener Gewerkschaftshaus. Die gut besuchte Konferenz legte Zeugnis ab für die innere Erklarung der gewerkschaftlichen Organisation im hiesigen Bergbaubezirk. Diese Feststellung ist um so erfreulicher, als der hiesige Eisensteinbergbau sich dauernd in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen befindet und damit auf die wirtschaftlich-soziale Lage der Bergarbeiter einen steten Druck ausübt. Dieser dauernde Druck löst bei den Bergarbeitern wiederum nachteilige sozialpsychologische Wirkungen aus. Ohne Verband, d. h. ohne Tarifvertrag, ohne Schlichtungswesen, Betriebsratsgesetz und die übrigen Arbeiterschutzgesetze wären die Bergleute hier ganz besonders der Willkür der Unternehmern preisgegeben. Was sollten auch die Bergarbeiter, die zu etwa 80 Prozent an ihre Scholle gebunden sind, ohne Tarifvertrag anfangen? Sie würden bei dem chronischen Arbeitsmangel den Arbeitslohn unterbieten, um überhaupt etwas zu verdienen und mit den Angehörigen leben zu können. Das Elend, das dadurch eintreten würde, ist unübersehbar. Der größte Teil der Bergleute hat das längst erkannt. Für sie ist der Verband der host gegen Unternehmernmacht und -willkür. In dem von der ausländischen Konkurrenz stark bedrohten und absterbenden Bergbaubezirk spielt sich ein stilles, aber zähes und hartes Ringen und Kämpfen zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer ab. Um jeden kleinen Fortschritt muß lange gestritten werden. Wenn er erreicht ist, lößt der Arbeiter bei der praktischen Durchführung wieder auf den Widerstand der Unternehmern.

Dem Kameraden Lehmann von der Hauptverwaltung in Bochum war die Aufgabe gestellt, den Funktionären praktische

Wege zu zeigen, wie mit Hilfe der arbeitsrechtlichen Bestimmungen den Mitgliedern des Bergbauindustriearbeiterverbandes die Rechte gesichert werden können. Da die Betriebsräte in erster Linie berufen sind, die Durchführung arbeitsrechtlicher Bestimmungen zu überwachen, sie teils sogar vorzunehmen haben, erging an sie insbesondere der Ruf, von ihren gesetzlichen Rechten Gebrauch zu machen. Dazu gehört das Befragungsrecht der Gruben, die Mitwirkung beim Nichtzustandekommen eines Gedingevertrages — allerdings nur beim Anruf des betreffenden Gedingearbeiters — oder auch die Anrufung der Bergbehörde in gegebenen Fällen. Besondere Erwähnung durch den Referenten fand die Regelung des Gedingevertrages und der Urlaubsfreistellungen. Beim Gedingevertrag müssen wir dahin kommen, den Rechtsanspruch des Gedingearbeiters auf den Hauerdurchschnittslohn tarifrechtlich leichter zu sichern. Die letzte Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts in diesem Streit, die dem Gedingearbeiter den Hauerdurchschnittslohn nur dann zugesteht, wenn ein schuldhaftes Unterangebot des Unternehmers beim Gedingeausschluß vorliegt, ist unhaltbar. Bei den Entscheidungen über den Urlaubsanspruch bei vorzeitigem Abkehr des Bergarbeiters hat das Reichsarbeitsgericht den Standpunkt der Arbeitnehmer bestätigt. Danach hat der Arbeiter Anspruch auf Urlaubsentschädigung für das verfallene Urlaubsjahr, wenn er den Beginn des neuen Urlaubsjahres erlebt, aber dann durch irgendeinen Umstand abkehrt.

Schaumburg-Lippe.

Am 23. Februar tagte beim Gastwirt Brajahn in Nienstädt eine Konferenz der Vertrauensleute, Betriebsräte und Knappschaftsältesten unseres Verbandes. Die Tagesordnung betraf die Aufstellung der Kandidaten zu den Betriebsrätemahlen und zur Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden einige kommunistische Lügen richtiggestellt. So wurde in der kommunistischen Betriebszeitung „Kumpel-Queische“ behauptet, daß seitens unseres Verbandes den Kommunisten ein Saal abgetrieben worden sei. Der Wirt erklärte in aller Deutlichkeit, daß kein Funktionär auf ihn eingewirkt, sondern daß er den Saal ganz aus freiem Ermessen verweigert habe. Ebenfalls wurden die Ausprüche, die die Kameraden Bode und Mevert gemacht haben sollten, als Lügen gekennzeichnet.

Bei Aufstellung der Listen zu den Betriebsrätemahlen betonte Kamerad Köfemeier, daß wir uns von keiner politischen Seite Vorwürfe machen ließen. Das demokratische Recht der Mitglieder solle in keiner Weise angetastet werden, denn die Belegschaften hätten jederzeit das Recht, Veränderungen an der Liste vorzunehmen. An der Aussprache beteiligten sich die Kameraden Berge, Winkelhake, Volke, Hofmeister, E. Köfemeier, Kronsbein und andere. Es wurde dann einstimmig beschlossen, die alte Liste wieder aufzustellen mit Ausnahme von vier Stellvertretern, von denen zwei ausgeschieden und zwei am kommunistischen Kongreß in Hannover teilgenommen haben.

Bei Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung herrschte ebenfalls größte Einmütigkeit.

Anschließend gab Kamerad Köfemeier den Jahresbericht für 1929. Im Geschäftsjahr hat eine Lohnbewegung stattgefunden, die von Erfolg gekrönt war. So erhalten jetzt die 21jährigen den vollen Lohn. Die Staffelung der Löhne für Jugendliche unter Tage beträgt 7 Prozent statt bisher 10 Prozent.

Die Mitgliederzahl des Lokalbezirks Schaumburg-Lippe beträgt, errechnet nach wirklich geleisteten Beiträgen (Dezember 1928), 2034 Mitglieder. An Eintritt sind wurden 215, an Austritten 78 verzeichnet. Am 31. Dezember waren 2171 Mitglieder vorhanden. 25 Versammlungen wurden mit Referenten besichtigt.

Im allgemeinen war die Konferenz von Einmütigkeit und frohem Kampfeswillen erfüllt. Wenn auch einzelne Kameraden mal anderer Meinung sind: im Interesse der Mitglieder wurde immer ein gemeinsamer Weg gefunden.

Nur weiter in dem Geiste wie bisher, dann braucht uns um das Wohl und Wehe der Organisation und damit der gesamten Bergarbeiterschaft in Schaumburg-Lippe nicht bange zu sein!

Geschäftsstelle Bernburg (Anhalt).

Aus dem Kassen- und Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß im verflochtenen Jahre eine sehr reiche Arbeit geleistet wurde. Es zeigte sich trotz der weiteren Stilllegungen und dauernden Entlassungen Weiterbefestigung und Aufstieg der Mitgliedschaft. In zahlreichen Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen wurde durch die Geschäftsleitung unter Mitarbeit der Ortsverwaltungen, der Knappschaftsältesten und der Betriebsräte am Aufstieg gearbeitet. Gar mancher Erfolg wurde in Verhandlungen auf den Werken, durch Vertretungen bei Behörden und Verteidigungen vor den Obergerichtungsämtern, Schlichtungs- und Gerichtsinstanzen für die Mitglieder erzielt. Nach dem Bericht des Kameraden Schneider von der Geschäfts-

kommission wurde der Geschäftsleitung einstimmige Entlastung erteilt.

Zu der Anregung unseres Bezirksleiters Redigau, in allen Zahlstellen des Bezirks eine rege und durchgehende Hausagitation vorzunehmen, wurden die notwendigen Vorarbeiten durchgeführt und dementsprechend Anweisungen gegeben. Die Konferenzteilnehmer verpflichteten sich, ihr Bestes für diese zwar schwere, aber doch immer wieder notwendige und uns Vorteil bringende Arbeit herzugeben.

Kamerad Martini fesselte trotz der vorgerückten Zeit die Anwesenden mit seinem Vortrage über „Privat- oder Planwirtschaft“. An Hand von wichtigem Zahlenmaterial, von Rat und Vorschlägen zeigte er, wie gegenüber der heutigen Privatwirtschaft in der anzustrebenden Planwirtschaft die Vorteile für alle Zweige der Gesellschaft, im besonderen aber für die arbeitende Bevölkerung, sichtlich bemerkbar und fühlbar werden müßten. Seine äußerst tiefgründigen, lehrreichen und leicht verständlichen Ausführungen wurden ohne Ausnahme entgegengekommen.

Nachdem unter „Verschiedenem“ mehrere Fragen beantwortet und geklärt waren, wurde die eindrucksvolle und lehrreiche Konferenz von unserem Alterspräsidenten Adolf Meier mit einem kernigen und anfeuernden Appell, stets für die Organisation bedacht und bemüht zu sein und sich rege an der festgelegten Hausagitation zu beteiligen, mit einem donnernden Hoch auf unseren Verband geschlossen.

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Gainsdorf. Am 22. Februar verschied unser Kamerad Emil Kuppert im Alter von 60 Jahren. Treues Mitglied unserer Organisation war er seit dem 1. Februar 1909, also 20 Jahre. Nicht vergönnt war es ihm, an der Jubiläumfeier des Verbandes persönlich teilzunehmen. Er lag damals schon im Krankenbett. Viel mußte er mit seiner Familie wegen seiner Leberleiden erdulden. Mögen sich alle jungen Kameraden ein Beispiel an ihm nehmen. Wir verlieren in ihm einen treuen, aufrechten Kameraden und werden ihm stets ein gutes Andenken bewahren!

Zahlstelle Lützen-Nord. Am 6. März starb unser lieber Kamerad Heinrich Volke im hohen Alter von 68 Jahren. Mit ihm ging einer von uns, der seit der Gründung unseres Verbandes im Jahre 1890 treu zur Fahne stand. Er nahm noch in den letzten Jahren lebhaften Anteil am Verbandsleben. Nach der Jubelfeier im August v. J. in Dortmund, die er noch hochbeglückt mitwirkte, ging es mit ihm von Tag zu Tag schlechter. Die letzten Jahre litt er an Arterienverkalkung. Er war im Kriege Vertrauensmann unserer Zahlstelle bis 1920, dann zwei Jahre Revier. Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Müttenscheid. Am 6. März starb unser lieber Kamerad Andreas Nide! im Alter von 62 Jahren. Er war einer der Gründer der Zahlstelle am 1. Januar 1898 und hat lange Jahre als Zahlstellenleiter die Geschäfte zur Zufriedenheit geführt. Nun hat ihn die Berufsunfähigkeit dahingerafft. Sein Andenken werden wir in Ehren halten!

Zahlstelle Mülheim-Dümpten. Am 2. März verunglückte unser Jungkamerad Eduard Klein auf der Zeche Wolfsbank. Er war ein treues Mitglied unserer Zahlstelle. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren!

Zahlstelle Mülheim H. Unser Kamerad Fritz Schmidt ist am 29. Januar gestorben. Er war Knappschaftsältester und gehörte seit dem 1. Februar 1901 der Organisation an. Wir verlieren in ihm einen treuen Kameraden und eifrigen Funktionär, der immer in vorderster Linie stand, wenn es für die Organisation zu arbeiten galt. Kurz vor ihm starb auch der Kamerad Hermann Ludwig, der seit 1918 Mitglied unserer Organisation war. Auch er hat stets vorbildlich für das Gedeihen des Verbandes gewirkt. Wir werden den beiden Kameraden ein ehrendes Andenken bewahren!

Zahlstelle Schmiedebach. Am 2. März starb infolge eines Unfalls plötzlich unser Kamerad Friedemann Wichele. Seit Gründung des Verbandes in hiesiger Gegend hat er demselben dauernd die Treue bewahrt. Galt es im Ernstfalle die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, so stand er in vollem Einsatzbewußtsein an der Spitze, wo er hingehört. Die Zahlstelle Schmiedebach wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren!

Zahlstelle Brennersgrün. Am 19. März starb unser Kamerad Anton Müller im Alter von fast 65 Jahren. Dem Verband gehörte er seit dem 5. Februar 1919 ununterbrochen an. Er war in den letzten drei Jahren Invalide. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten!

Zahlstelle Fulda. Am 1. Februar starb infolge eines Steinbruchs unser treuer Kamerad Gustav Lehmann. Zehn Jahre war es ihm vergönnt, die Zahlstelle als Vertrauensmann zu leiten, was er in treuer Pflichterfüllung getan hat. Kamerad Lehmann gehörte seit 1903 der Organisation an und starb im besten Mannesalter von 49 Jahren. Durch seine treue Pflichterfüllung für den Verband wird er seinen Kameraden in steter Erinnerung bleiben.

Zahlstelle Lugau. Wiederum ist der Tod plötzlich zwei treuen Verbandsmitgliedern aus unserer Reihen. Am 16. Februar starb unser lieber Kamerad Karl Müller im Alter von 23 Jahren und am 25. Februar der Kamerad Ernst Eckardt, welcher 31 Jahre unserem Verbande ununterbrochen die Treue bewahrt. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten!

Zahlstelle Wintersdorf. Am 8. März verschied unser langjähriger Mitglied Bruno Hauschild. Er war immer bereit der Organisation zu dienen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Auch Sie sollten jetzt eine Blutreinigungskur machen!

Reines, gereinigtes Blut verleiht Sie, macht Sie energiegelicht, spannkraftig und arbeitsfähig! Gerade jetzt ist die Wirkung am günstigsten. — Von alters her gebrauchten Tausende zur allseitigen Blutreinigungskur den wohlwollendsten, nicht abführenden und sehr wirksamen **Herbaria-Kräuterparadies-Blut-Entgiftungs- u. Entfärbungs-See Nr. 19** (Patent-Mark N. 1), welcher Giftentgiftung, Hautausschlag, Geschwüre, Fiebers, Harnröhrenentzündung, Gicht, Rheumatismus, Blasen- und Nierenleiden, Neigung zu Nierenverkalkung sowie alle Leiden, die in verhärtetem und vergiftetem Blut ihre Ursache haben, wirksam bekämpft. Wer keinen See trinken mag oder keine Zeit und Gelegenheit zur Zubereitung hat, dem seien unsere neuen, begehrten ausgenommenen **Herbaria-Kräuterparadies-Krauterpulver-Kapseln Nr. 19**

empfohlen. Dies sind kleine Ovale, gefüllt mit pulverisiertem Herbaria-Blut-Entgiftungs-See Nr. 19. Man kann sie überall und jederzeit unauffällig leicht schlucken. Sie haben keinerlei Beigeschmack und sind von dem besten besten Wirkungsgrad (Wirkungsgrad mit 60 Kapseln Nr. 19). Viele Patienten, die 3 bis 6 Kapseln täglich einnehmen, berichten, daß sie sich schon nach einigen Monaten ganz verjüngt, geistig, kräftiger, frischer, gesünder fühlen. — Ihr See Nr. 19 hat mir gute Dienste geleistet, bin nicht mehr so müde und die rheumatischen Schmerzen haben sich ganz nachgelassen. Dr. Hagen, Darmstadt. — Mit dem See außerordentlich zufrieden. Seit ich jedes Jahr eine Kur mache, habe ich keine Geschwüre mehr, früher wurde ich sie gar nicht los. Dr. Hagen, Darmstadt. — Zu haben in den Apotheken, wo nicht, bestelle man direkt beim Hersteller: **Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg B 401 (Baden)**, worauf Nachnahmesendung durch Versandpost erfolgt. — Preis pro Packung 100 Kapseln.

RoodeStar

Roode Star ist eine Neuzüchtung, welche aus Holland stammt und sich in Deutschland durch ihre Widerstandsfähigkeit gegen Krankheit gut bewährt hat. Roode Star bringt Erträge bis 150 Ztr. pro Morgen, ist krebstest und wegen ihres hervorragenden Geschmacks sehr beliebt. Die Knollen dieser vorzüglichen Kartoffel sind rot-schwarz, tiefgelblichschwarz.

Reifezeit Mitte September.

Von den gelblichen Sorten hat Roode Star den Vorzug, daß sie den höchsten Stärkegehalt von 17-20% hat. — Offizierte handverlesenes Saatgut: 1 Ztr. M. 11,-, 1/2 Ztr. M. 6,-, 1/4 Ztr. M. 3,50, Postsaack M. 1,80, Versand ab frostfreiem Wetter.

Gutsverwaltung Schaderode - Erfurt 21, Schließfach 699.

Bandonita

Bandonitaähnlich, Klang, wie gepoltes wie Harmonika, 21 Tasten, 6 Saiten, 24 Stimmungen, 120 Stahlsaiten, alles aus Abbildung, mit Lederen und Schallkörper, 21 x 21 cm groß. — Hochwertiges Instrument mit 50 bis 60 Klängen nur für 30,50 Mark. — Hauptplatz gratis.

H. Schür, Musikinstrumenten-Gabrit, Neuenrade 13

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 2 Jahre

Gute Taschenuhr nur M. 2,90

Nr. 1 Herren- und Damen- u. Kinder- u. 2,90
Nr. 2 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 3,50
Nr. 3 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 4,50
Nr. 4 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 5,50
Nr. 5 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 6,50
Nr. 6 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 7,50
Nr. 7 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 8,50
Nr. 8 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 9,50
Nr. 9 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 10,50
Nr. 10 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 11,50
Nr. 11 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 12,50
Nr. 12 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 13,50
Nr. 13 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 14,50
Nr. 14 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 15,50
Nr. 15 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 16,50
Nr. 16 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 17,50
Nr. 17 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 18,50
Nr. 18 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 19,50
Nr. 19 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 20,50
Nr. 20 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 21,50
Nr. 21 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 22,50
Nr. 22 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 23,50
Nr. 23 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 24,50
Nr. 24 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 25,50
Nr. 25 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 26,50
Nr. 26 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 27,50
Nr. 27 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 28,50
Nr. 28 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 29,50
Nr. 29 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 30,50
Nr. 30 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 31,50
Nr. 31 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 32,50
Nr. 32 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 33,50
Nr. 33 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 34,50
Nr. 34 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 35,50
Nr. 35 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 36,50
Nr. 36 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 37,50
Nr. 37 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 38,50
Nr. 38 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 39,50
Nr. 39 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 40,50
Nr. 40 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 41,50
Nr. 41 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 42,50
Nr. 42 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 43,50
Nr. 43 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 44,50
Nr. 44 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 45,50
Nr. 45 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 46,50
Nr. 46 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 47,50
Nr. 47 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 48,50
Nr. 48 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 49,50
Nr. 49 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 50,50
Nr. 50 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 51,50
Nr. 51 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 52,50
Nr. 52 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 53,50
Nr. 53 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 54,50
Nr. 54 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 55,50
Nr. 55 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 56,50
Nr. 56 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 57,50
Nr. 57 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 58,50
Nr. 58 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 59,50
Nr. 59 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 60,50
Nr. 60 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 61,50
Nr. 61 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 62,50
Nr. 62 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 63,50
Nr. 63 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 64,50
Nr. 64 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 65,50
Nr. 65 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 66,50
Nr. 66 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 67,50
Nr. 67 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 68,50
Nr. 68 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 69,50
Nr. 69 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 70,50
Nr. 70 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 71,50
Nr. 71 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 72,50
Nr. 72 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 73,50
Nr. 73 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 74,50
Nr. 74 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 75,50
Nr. 75 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 76,50
Nr. 76 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 77,50
Nr. 77 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 78,50
Nr. 78 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 79,50
Nr. 79 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 80,50
Nr. 80 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 81,50
Nr. 81 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 82,50
Nr. 82 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 83,50
Nr. 83 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 84,50
Nr. 84 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 85,50
Nr. 85 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 86,50
Nr. 86 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 87,50
Nr. 87 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 88,50
Nr. 88 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 89,50
Nr. 89 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 90,50
Nr. 90 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 91,50
Nr. 91 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 92,50
Nr. 92 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 93,50
Nr. 93 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 94,50
Nr. 94 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 95,50
Nr. 95 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 96,50
Nr. 96 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 97,50
Nr. 97 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 98,50
Nr. 98 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 99,50
Nr. 99 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 100,50
Nr. 100 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 101,50
Nr. 101 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 102,50
Nr. 102 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 103,50
Nr. 103 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 104,50
Nr. 104 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 105,50
Nr. 105 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 106,50
Nr. 106 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 107,50
Nr. 107 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 108,50
Nr. 108 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 109,50
Nr. 109 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 110,50
Nr. 110 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 111,50
Nr. 111 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 112,50
Nr. 112 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 113,50
Nr. 113 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 114,50
Nr. 114 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 115,50
Nr. 115 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 116,50
Nr. 116 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 117,50
Nr. 117 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 118,50
Nr. 118 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 119,50
Nr. 119 Herren- u. Damen- u. Kinder- u. 120,50

EISU- Betten

Schlafzimmer, Kinderbetten, Polster, Matratzen, Chaiselong, an Private, Katalog, Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Busch-Rosen

20 St. in 10 Sort. RM. 7,-
10 St. in 5 Sort. „ 3,80
10 St. in 5 Sort. „ 5,-
20 St. in 10 Sort. „ 7,-

Edel-Dahlien

winterhart, in allen Farben, Jungbl. 25 St. in 5 Sorten RM. 5,-. Verp. frei Nachn. Preisl. grat.

Chrysanthemen

Farb. Jungbl. 25 St. in 5 Sorten RM. 5,-. Verp. frei Nachn. Preisl. grat.

Johs. Testorf, Uetersen 10 (Holstein).

Hiengfong-Essenz

Echt Thür. a. Dtd. M. 3,-, 3 Dtd. fr. M. 9,60
Karmelitergasse Dtd. M. 4,50
Labor. C. J. Tr. Tischer, Langewiesen i. T. 2

ganseledern billiger!

30 Rollen 2. und 3. Sort. bester Qualität, 1. Sort. 3,50, 2. Sort. 2,50, 3. Sort. 1,50, 4. Sort. 1,00, 5. Sort. 0,50, 6. Sort. 0,25, 7. Sort. 0,15, 8. Sort. 0,10, 9. Sort. 0,05, 10. Sort. 0,025. — Preisliste gratis. — Hauptplatz gratis.

Nähmaschinen

12 Jahre Garantie, 12 Jahre Garantie, 12 Jahre Garantie. — Preisliste gratis. — Hauptplatz gratis.

Zucker-Kranke

Wie Sie Ihren Zucker los und wieder arbeitsfähig werden, teile ich jedem Kranken mit. — Preisliste gratis. — Hauptplatz gratis.

Süder aller Art bei Hansmann & Co., Bochum

Preispreihütter, Pilsener und Münchener, Sod 150 bis 200, 250 bis 300, 350 bis 400, 450 bis 500, 550 bis 600, 650 bis 700, 750 bis 800, 850 bis 900, 950 bis 1000, 1050 bis 1100, 1150 bis 1200, 1250 bis 1300, 1350 bis 1400, 1450 bis 1500, 1550 bis 1600, 1650 bis 1700, 1750 bis 1800, 1850 bis 1900, 1950 bis 2000, 2050 bis 2100, 2150 bis 2200, 2250 bis 2300, 2350 bis 2400, 2450 bis 2500, 2550 bis 2600, 2650 bis 2700, 2750 bis 2800, 2850 bis 2900, 2950 bis 3000, 3050 bis 3100, 3150 bis 3200, 3250 bis 3300, 3350 bis 3400, 3450 bis 3500, 3550 bis 3600, 3650 bis 3700, 3750 bis 3800, 3850 bis 3900, 3950 bis 4000, 4050 bis 4100, 4150 bis 4200, 4250 bis 4300, 4350 bis 4400, 4450 bis 4500, 4550 bis 4600, 4650 bis 4700, 4750 bis 4800, 4850 bis 4900, 4950 bis 5000, 5050 bis 5100, 5150 bis 5200, 5250 bis 5300, 5350 bis 5400, 5450 bis 5500, 5550 bis 5600, 5650 bis 5700, 5750 bis 5800, 5850 bis 5900, 5950 bis 6000, 6050 bis 6100, 6150 bis 6200, 6250 bis 6300, 6350 bis 6400, 6450 bis 6500, 6550 bis 6600, 6650 bis 6700, 6750 bis 6800, 6850 bis 6900, 6950 bis 7000, 7050 bis 7100, 7150 bis 7200, 7250 bis 7300, 7350 bis 7400, 7450 bis 7500, 7550 bis 7600, 7650 bis 7700, 7750 bis 7800, 7850 bis 7900, 7950 bis 8000, 8050 bis 8100, 8150 bis 8200, 8250 bis 8300, 8350 bis 8400, 8450 bis 8500, 8550 bis 8600, 8650 bis 8700, 8750 bis 8800, 8850 bis 8900, 8950 bis 9000, 9050 bis 9100, 9150 bis 9200, 9250 bis 9300, 9350 bis 9400, 9450 bis 9500, 9550 bis 9600, 9650 bis 9700, 9750 bis 9800, 9850 bis 9900, 9950 bis 10000.

Liste frei!

Kastenwagen

Untergetstelt pr. Esche, 100 cm lang, 4-5 Zentner Tragkraft 25 Mark franko.

Jos. Abel, Borsch-Geisa (Thür.).

Käse billiger direkt ab Fabrik

Hotst. Käse (Brotaufstrich) 9 Pf. ab 3,50
Edamer Art rot (1/2 fct) 9 Pf. ab 4,00
Tilsiter Art (1/2 fct) 9 Pf. ab 4,00
Holländer Art (1/2 fct) 9 Pf. ab 4,00
Tilsiter Art (1/2 fct) 9 Pf. ab 4,00
Emmentaler Art (1/2 fct) 9 Pf. ab 4,00
Sachsen, Porto und Verpackung 1 Pf. extra.
D. Damke, Käsefabr. Hamburg 39 B 56.

Bom langjährigem Rheumatismus befreit

wurde ich durch Zinifer Rheumatismus-See. Schon nach dem ersten Balle empfand ich Linderung und bin jetzt dem Rheumatismus vollständig befreit.

Dr. Zinifer & Co., G. m. b. H., Leipzig 100.

Was brauchen Sie von Nachkommendem für Ihren Garten?

Schönbühende Stauden, ununterbrochener Blumenschon! 10 Stk., 10 Sort. RM. 4,-, 20 Stk. ca 15 Sort. RM. 7,50, 50 Stk. in vielen Sort. RM. 24,-, 10 Stk. für den Junggarten RM. 5,-, 20 Stk. RM. 9,50, Edelhorten — Georginen in größter Farbenfülle 10 Stk. RM. 5,-, 25 Stk. RM. 12,-, Prachtgehäusen, 10 Stk. RM. 4,-, 25 Stk. 12 Sort. RM. 9,-, 100 Stk. 20 Sort. RM. 30,-, Schling- od. Kletterrosen, 10 Stk. RM. 10,-, 10 Stk. RM. 6,50, Monats- od. Zwergrosen, 10 Stk. RM. 10,-, 10 Stk. RM. 6,-, 10 Stk. feinste Pierstraucher 10 Stk. RM. 10,-, 100 Stk. RM. 15,-, 10 Stk. RM. 9,-, 100 Stk. RM. 15,-, 100 Stk. RM. 25,-, Wilder Wein 1 Stk. 75 Pf., 10 Stk. 6,-, die selbstkletternden, 1 Stk. RM. 1,-, 10 Stk. RM. 9,-, Tausend beste Himbeer-Reinheit, Preußen 5 Stk. RM. 4,-, 10 Stk. 7,50, Reueit, Lind George, gleich Preis, Welt best. Himbeerjart, 10 Stk. RM. 2,50, 100 Stk. 22,-, Edelhorten 1 Stk. RM. 1,50, 10 Stk. RM. 15,-, Ferner noch ander. Beerenobst, Dillbäume, Piergehölze, Koniferen, Schlingpflanzen, Setzlinge u. a. zu mäßigen Preisen in Bezugs. In jeder Qualität, Best. sofort, Porto und Fracht extra, Nachn. gratis.

Arthur Schneider, Halstenbek 38 (Holstein).

